

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 30 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 129

Sonnabend, 6. Juni 1925

32. Jahrgang

Der Inhalt der Entwassnungsnote.

Die Forderungen: Abbau der Heeresleitung — Schluß mit den halb-militärischen Verbänden — Weitere Umstellung der Munitionsfabriken — Abbau und Dezentralisierung der Schutzpolizei.

Ein Verlegenheitsprodukt.

S. Lübeck, 6. Juni.

„Sorgen sind wie Gewitterwolken“ — sagt ein altes Sprichwort — „in der Ferne sehen sie schwarz aus, über uns kaum grau.“ — Wie ein Ungewitter sollte die lange angekündigte Entwassnungsnote auf Deutschland herabfallen; je länger sie auf sich warten ließ, um so ohrenbetäubender wurde der Lärm, den die englisch-französische Boulevardpresse anstimmte, und der von unserer bürgerlichen Presse gestilltlich weiter verbreitet wurde. Nun sie da ist, wirkt sie eher wie ein peinlicher stachelnder Landregen.

Damit ist unsere hier mehrfach ausgesprochene Vermutung bestätigt, daß dieser Donner nicht von ungefähr war, daß vielmehr ein sehr wohlwogener Plan der Entente-Propaganda dahinter steckte, die Angelegenheit möglichst schwarz zu malen, um mit der Note selbst dann ein Gefühl der Enttäuschung zu erzeugen; und es zeugt von der beispiellosen Kurzsichtigkeit der deutschen Rechtspresse, daß sie so hemmungslos auf diesen Leim trock. Jetzt wird es ihr auch mit den wildesten Ueberschriften nicht gelingen, aus der Note das zu machen, was man gern daraus machen möchte, eine Riesensensation.

Die Note selbst ist ein außerordentlich umfangreiches Dokument, aus dem wir auch in dem folgenden Auszug nur die wichtigsten Punkte herausheben können. Es wäre verantwortungslos, zu den in ihr enthaltenen Einzelheiten schon heute, wenige Stunden nach ihrem Erscheinen Stellung nehmen zu wollen. Die Stillschweigen, die manche Zeitungen hier entwickeln, scheint uns nicht gerade im Interesse einer vernünftigen Außenpolitik zu liegen.

Um so klarer tritt schon bei flüchtigem Ueberblick ihr allgemeiner politischer Charakter hervor, und der ist — daran ist nicht zu zweifeln — der Charakter eines Verlegenheitsprodukts. Wir haben hier stets betont, daß in Deutschland allerhand militärischer Unfug getrieben wird, daß aber die Nichträumung der Kölner Zone ganz andere politische Ursachen hat, und daß die blödsinnige Soldatenpielerei großer Kinder und kleiner Diktatoren der Entente nur den willkommenen „Rechtsgrund“ zu diesem Schritt geliefert hat. Das finden wir durch das jetzt eingelangene Dokument voll bestätigt; denn die festgestellten Verfehlungen sind — falls nicht etwa wichtige Stellen in der deutschen Veröffentlichung fortgelassen sind — wahrlich nicht so erschütternd, daß man ein volles halbes Jahr brauchen müßte, um sie zusammenzustellen. Man mag das Ding drehen, wie man will, vom moralischen Standpunkte aus läßt sich das Verhalten der Entente ganz gewiß nur aufs Schärfste verurteilen.

Aber leider spielt in der Außenpolitik die Moral ja auf allen Seiten noch eine recht klägliche Rolle, und die Forderung der beschränkten Jugendmächer steht uns wenig an und wäre auch praktisch eine große Dummheit. Vom politischen Standpunkte aber, auf den es hier allein ankommt, bedeutet die Note einen ganz entschiedenen Fortschritt; denn sie gibt die Handhaben, durch die der unwürdige Zustand am Rhein endlich beseitigt werden kann. Mögen die Forderungen zum Teil hart und unüberrechtig sein, sie von vornherein als unerfüllbar zu bezeichnen, ist eine Dummheit, vor der sogar der größte Teil der deutsch-nationalen Presse zurückschreckt. Freilich — sie haben Grund genug, ihre Heulerei diesmal etwas abzumildern; denn es ist doch allzu peinlich, unannehmbar zu brüllen, wenn die eigenen Führer nachher wohl oder übel doch annehmen müssen. Wie war es doch bisher so schön und leicht, deutsch-national zu sein! Die Suppe, die man selbst eingebracht hatte, die mußten die andern auslöffeln; und man konnte sie obenrein noch tapfer beschimpfen. Aber den letzten, hoffentlich den allerletzten, Löffel wird doch nun der Feldmarschall selber schlucken müssen; und er wird ihm bitter genug eingegeben. Vielleicht wäre er ihm, uns allen, erspart geblieben, wenn er, ehe er Reichspräsident wurde, seine mildgewordene Jugend etwas an die Randare genommen hätte. Aber damals war man ja noch in der nationalen Opposition und hegte die Jugend mutig zum frisch-fröhlichen Frankreichkrieg.

Alles in allem: Auch diese Note atmet noch den Geist von Versailles, verlangt schwere Eingriffe in die deutsche Geschiedung, die zu ertragen keinem von uns leicht sein kann. Es wird mühsamer, kühler Arbeit der Reichsregierung bedürfen, um aus ihr das möglichst Beste zu machen.

Und doch: man vergegenwärtige sich die Lage noch vor einem Jahre, als Poincaré erklärte, die Fristen im Rheinland hätten überhaupt noch nicht zu laufen begonnen, und Franz-

reich werde auf unabsehbare Zeit an Rhein und Ruhr stehen bleiben, und vergleiche damit diese Note, die den Weg zur Befreiung des Rheinlandes immerhin für die nächsten Monate eröffnet, denn wird man zugeben müssen: Die Arbeit der Friedensfreunde in beiden Ländern war doch nicht umsonst; der Weg zu einem reinlichen und friedlichen Europa war dornenlos und wird es weiter sein; aber er muß zu Ende gegangen werden und die Hindernisse sind nicht unüberwindlich.

Die Note.

Die Ententente ist in der deutschen vorläufigen Uebersetzung jetzt zur Veröffentlichung freigegeben worden. Sie gliedert sich in 17 Absätze. Es sind ihr jedoch drei Anlagen beigegeben, von denen der erste darzustellen sucht, inwieweit Deutschland die militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nach Ansicht der Entente bisher erfüllt hat, während die zweite die hauptsächlichsten Punkte gruppiert, die „noch nicht zur Zufriedenheit erfüllt“ sein sollen und deren dritter und ausführlicher Teil die Forderungen aufzählt, die die Entente für notwendig hält, „damit die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages als in zufriedenstellender Weise erfüllt betrachtet werden können“.

In der eigentlichen Note heißt es u. a.:

In ihrer Note vom 5. Januar d. J. haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß ihnen der Stand der Ausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland nicht gestatte, Deutschland den Vorteil der vorzeitigen teilweisen Räumung zugute kommen zu lassen, die im Artikel 429 Ziffer 1 jenes Vertrages vorgesehen ist.

Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vordergrund zu stellen, daß die Gesamtheit der Verträge Deutschlands, falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, der deutschen Regierung späterhin die Wiederaufstellung eines einheitlichen, den Gedanken eines Volkes in Waffen vernünftigen Heeres ermöglichen würde, im förmlichen Widerspruch mit dem Friedensvertrag, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebietes und zum Schutze der Grenzen bestimmt sein soll.

Diese Tatsachen sind es, welche die Bedeutung jedes der festgestellten Verfehlungen ins rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben.

Um den Vertrag von Versailles in seinen grundlegenden Bestimmungen anzuwenden, ist deshalb die Beseitigung der wichtigsten Verfehlungen notwendig, deren Fortbestehen es verhindert, die militärischen Verpflichtungen Deutschlands als erfüllt anzusehen.

Man muß sich vor Augen halten, daß die in Rede stehenden Verfehlungen den ernstesten, aber nicht den einzigen Beweis für die Nichterfüllung dieses wesentlichen Teiles des Friedensvertrages durch Deutschland darstellen.

Die alliierten Regierungen sind überzeugt, daß es von dem guten Willen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden abhängt, die im dritten Teil des Memorandums behandelten Verfehlungen in verhältnismäßig kurzer Frist abzustellen.

Lehnen Endes ist es nunmehr Sache der deutschen Regierung, selbst die Voraussetzungen zu erfüllen, die eine schnelle Räumung ermöglichen würden. Ihr selbst wird der Eifer, mit dem sie die geforderten Maßnahmen erfüllt und die Sorgfalt, die sie auf die genaue Innehaltung der Bestimmungen des Vertrages verwendet, zugute kommen.

Die alliierten Regierungen stellen fest, daß die Reparationskommission in dem anliegenden Schreiben erklärt hat, daß Deutschland heute getrennt seine Reparationsverpflichtungen so, wie sie gegenwärtig festgesetzt sind, erfüllt. Sie sind deshalb trotz der Vorbehalte, zu denen sie infolge der Nichterfüllung anderer Vertragsbestimmungen berechtigt waren, mit Rücksicht auf die ausschlaggebende Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsbestimmungen beimessen,

bereit, den Befehl zur Räumung der ersten Besetzungszone zu geben, sobald die im dritten Teil des anliegenden Memorandums aufgezählten Verfehlungen behoben sein werden.

Kabinettsrat unter Hindenburgs Vorsitz.

Gestern wurde der erste Kabinettsrat unter dem Vorsitz Hindenburgs abgehalten. Seine Bedeutung wurde noch dadurch unterstrichen, daß nicht nur sämtliche Reichsminister teilnahmen, sondern auch der preussische Ministerpräsident Braun und Staatssekretär Wetjmann. Das amtliche Communiqué besagte lediglich, daß die „Note über die Voraussetzungen für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone“ eingehend erörtert worden sei.

Wie aus dem Reichstag angekündigt wird, soll am kommenden Mittwoch der Answärtige Ausschuh zusammentreten, ferner werden in der kommenden Woche die Ministerpräsidenten der Länder informiert werden. Da die Ententente keine ultimativen Forderungen enthält, sondern lediglich deutsche Vorschläge und Maßnahmen anregt, werden Verhandlungen mit der Gegenseite wohl die Hauptrolle spielen.

Sie zweifeln nicht, daß während des zur Durchführung von in Rede stehenden Maßnahmen erforderlichen Zeitraums kein neuer erster Weltkrieg Deutschlands gegen irgendeine vertragsmäßige Verpflichtung der Auswirkung des Artikels 429 ein Hindernis entgegenstellen wird.

Nachdem wird nichts mehr entgegensteht, daß die Kontrollkommission abberufen wird, deren Aufgabe als beendet wird angesehen werden können.

Diese Abberufung wird dem Völkerratsrat mitgeteilt werden, damit die von ihm zur Durchführung des Artikels 213 des Friedensvertrages beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können.

Schließlich haben die alliierten Regierungen festgestellt, daß die deutsche Regierung nach ihren Noten vom 6. und 27. Januar die für die Haltung der alliierten Regierungen maßgebenden Gründe anerkennend unzutreffend beurteilt hat. Um jede Möglichkeit eines Mißverständnisses für die Zukunft zu vermeiden, legen die alliierten Regierungen Wert darauf, von neuem — wie schon in ihrer Note vom 26. Januar — zu versichern, daß sie sich aufs genaueste an die Bestimmungen des Artikels 429 des Vertrages zu halten gedenken.

Auch an der Behauptung in der deutschen Note vom 6. Januar, daß die Alliierten mit der Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar 1925 eine Vergeltungsmaßnahme ergreifen hätten, können die alliierten Regierungen nicht vorbehalten. Eine solche Behauptung, die schon in der alliierten Note vom 26. Januar widerlegt worden ist, stellt ein völliges Mißverstehen der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages dar. Es war Sache der deutschen Regierung, sich den Vorteil der Räumung der ersten Besetzungszone unter den Voraussetzungen des Artikels 429 durch getreuliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu sichern.

Ebenso wenig können die alliierten Regierungen anerkennen, daß ihr Beschluß einen Akt der Rache, dessen Schärfe außer jedem Verhältnis zu der Bedeutung der noch nicht erfüllten militärischen Verpflichtungen stehe. Unter diesen von der deutschen Regierung in ihrer Note als untergeordnet hingestellten Verpflichtungen befinden sich im Gegensatz Bestimmungen, auf deren wesentliche Bedeutung die deutsche Regierung von den Alliierten seit langem, besonders in ihrer Kollektivnote vom 29. September 1922, vergeblich aufmerksam gemacht worden ist.

Zudem hat die deutsche Regierung noch nach dieser Note wiederholt, und zwar noch ganz kürzlich, neue schwere Vertragsverletzungen begangen, insbesondere durch die Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr, durch die an zahlreiche (nach den Vertragsbestimmungen verbotene) Verbände erteilte Genehmigung zur militärischen Ausbildung und durch Begünstigung des Ausbaues gewisser Maschinenanlagen in Fabriken.

Zimmerhin wollen die alliierten Regierungen in dem Wunsch, jede Auseinandersetzung zu vermeiden, nachdem sie so viele Irrtümer gekennzeichnet haben,

aus der deutschen Note vom 6. Januar lediglich die Behauptung herausgreifen, daß die deutsche Regierung bereit ist, alles zu tun, was von ihr abhängt, um schnell zu dem nötigen praktischen Ergebnis zu gelangen.

Deshalb appellieren sie erneut nachdrücklich an die deutsche Regierung, daß sie mit dem nötigen guten Willen an die Regelung der noch schwebenden Fragen herangeht, die Regelung, die der Ernst der Lage erfordert. Das ist für sie das einzige Mittel, um nach ihren eigenen Worten Deutschland durch Befreiung eines Teiles des besetzten Gebietes Entlastung zu verschaffen.

Anlage I

zerfällt in vier Teile. Im ersten wird der Stand der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen auf militärischem Gebiete nach dem Bericht der Kontrollkommission vom 25. Januar 1925 wiedergegeben, im zweiten werden die nach Ansicht der Alliierten noch unerledigten Hauptpunkte, im dritten die geforderten ferneren Maßnahmen und im vierten die bisherigen Zugeständnisse der Alliierten zusammengestellt.

Von den Artikeln 159 bis 180 des Versailler Vertrages werden als vollständig erfüllt bezeichnet: 160 Absatz 1, 163, 165, 172, 173, 175, 180 Absatz 1, als teilweise erfüllt: 160 Absatz 2 und 3, 169, 171, 176, 178, 179 und Artikel 211. Die übrigen Artikel werden als nicht erfüllt bezeichnet. Es wird daran eine Anzahl einzelner Forderungen geknüpft.

I. Die Polizei

hat nach Ansicht der Alliierten dieselbe Organisation wie Ende 1922. Ihre Stärke belaufe sich gegenwärtig auf ungefähr 180 000 Mann statt der durch die Note von Boulogne festgestellten 150 000. Außerdem seien polizeiliche Hilfskräfte, Hilfspolizei, Notpolizei usw. gebildet worden, die in den obigen Ziffern nicht einbezogen seien. Die Schutzpolizei habe militärischen Charakter, sei in Einzelheiten zusammengestellt, in Kasernen untergebracht, habe besondere Stäbe, erhalte gemeinsame militärische Ausbildung und sei im Besitz fast sämtlicher Waffen, die von der interalliierten Militärkontrollkommission der Polizei in ihrer Gesamtheit zugestanden seien.

Gefordert wird die Durchführung von Maßnahmen, die der Polizei den Charakter eines regionalen und municipalen Organs bewahren.

Die Stärke der Gesamtheit, der Beamten und Angehörigen aller Kategorien sollte 150 000 Mann nicht überschreiten. Ueber-

zählige sollten verschwinden und alle Hilfsformationen beseitigt werden. Weiter sei der militärische Aufbau und die Ausbildung, die gemeinschaftlichen militärischen Charakter trage, und die Verpflichtung der Polizei für zwölf Jahre, wie bei den Reichswehrtroepen, zu befestigen und dem Personal der Charakter von Beamten auf Lebenszeit zu verleihen.

Wenn die erforderlichen Schritte zur Durchführung dieser Maßnahmen getan seien, werde einer gewissen Zahl bedeutender Städte staatliche Polizei innerhalb der zugelassenen Stärke von 150 000 Mann und in einigen Großstädten die teilweise Kasernierung der Polizei zugestanden werden, worüber die Militärkontrollkommission auf Vorschlag der Reichsregierung zu entscheiden habe.

**Zum Schluß wird noch die
Vernichtung der Einrichtungen der drahtlosen Telegraphie
bei der Polizei**

gefordert, soweit es sich nicht um feste Stationen handelt, von der Militärkontrollkommission zu genehmigen seien.

II. Fabriken, Depots und Werkstätten.

Es wird eine ganze Reihe von Forderungen auf Zerstörung von Maschinen und Zerstörung von Einrichtungen und Anlagen gestellt. Hier wird verlangt, daß in einer Reihe von privaten Fabriken noch Gebäude zerstört oder eine große Anzahl von Maschinen noch „zerstört“ werden, worunter zu verstehen ist, daß die Maschinen von ihrem Standort entfernt, also in anderen Fabriken eingeschleppt werden können, ohne der Verhinderung zu verfallen. So wird allein die „Zerstörung“ von 804 Maschinen der Deutschen Werke in Karlsruhe und von 1373 Maschinen der Deutschen Werke in Wittenau verlangt.

III. Materialablieferung.

Hier wird im wesentlichen das Vorhandensein in vieler Ersatz- und Ersatzungsteile beantragt. Weiter wird die Ausrüstung des Heeres mit Gasmasken aerol, deren Bestand von der Militärkontrollkommission in gewisser Höhe festgesetzt sei.

IV. Reichswehrorganisation.

Es werden die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung beantragt, der nach der Verordnung vom 25. September 1919 nur Chef des Stabes des Reichswahrmilitärs, durch Verordnung vom 11. August 1920 aber tatsächlich Oberbefehlshaber geworden ist. Hier wird die Wiederherstellung des Zustandes nach der ursprünglichen Verordnung, und zwar durch Maßnahmen verlangt, die der Zustimmung der Militärkontrollkommission bedürfen. Auch die Heeresverwaltung und die Heeresleitung die eine vollständige Kommandobehörde und einen Großen Generalstab darstellen, werden beantragt, und es wird die Umgruppierung der Heeresleitung gefordert. Das soll durch Verlegung der Einrichtungen der Heeresleitung geschehen, die sich mit der Beförderung von Offizieren im Ruhestand und mit der Instandhaltung von Waffen und Gerät befassen, ebenso der Einrichtungen Zentral, Gesandtschaft und Zentralleitbahnenabteilung, während die für das Personal der Generalstabsoffiziere bestehende Abteilung umorganisiert werden soll.

Schließlich werden bestimmte Beschränkungen der Ausbildung für die Generalstabsoffiziere gefordert. Weiter werden Einzelheiten über die militärische Organisation des Eisenbahnes angefordert, die auf Mobilmachungswende eingestellt und in bezug auf die Zahl der zum Zwecke militärischer Verwendung hergestellten Eisenbahnwagen härter sei als 1914 (200 000 gegen 166 000 im Jahre 1914). In bezug auf Waffen und die St-Gärten werden Überlieferungen beantragt, die bei den Divisionsstellen der Truppenstellen vorliegen sollten. Die Ausbildung der Infanterie mit Infanterieoffizieren, der Kavallerie mit dem leichten M-G. und des Zusammenwirkens von Zivilistoffizieren mit dem Militär wird beantragt und verboten bezogen werden beantragt, die die Militärkontrollkommission genehmigen soll. Das Personal der Heeresverwaltung und die Zahl der Verwaltungseinrichtungen wird als zu hoch bezeichnet.

Gegenüber den behaupteten besonderen Einstellungen für kurze Zeit, Paris- und Koblenz, Ausbildungsstürze und Zeitfristliche gegenüber der Ausbildung von Reserveoffizieren und der Verleihung des Charakters als Leutnant an ausscheidende Unteroffiziere werden gefordert, die oder Verwaltungsmaßnahmen unter Genehmigung wie oben gefordert.

Verbände wie Stahlhelm, Werwolf, Jungdeutschler Orden, deren Mitglieder eine militärische Ausbildung empfangen, hätten von der Reichswehr Schießstände zur Verfügung gestellt bekommen und in vielen Fällen Ausbildungsstände durchsucht. Hiergegen wird die Berücksichtigung und ungehöriges Zurückhaltung bestehender oder neuerdings erlassener Gesetze oder Verordnungen verlangt, die verhindern sollen, daß sich die Verbände mit militärischen Dingen befassen oder irgendwelche Verbindungen mit den Militärbehörden unterhalten.

Es folgen Bestimmungen über den Handel mit Kriegsmaterial, ferner Beschränkungen bezug auf das Ansehen noch nicht hinreichend abgerückten Personen; insbesondere wird an der antirevolutionären Bestimmung Königshaus weiter auch an der Bewaffnung von Geisteskranken und Mangelernährung kritisiert und die Anlieferung von genauen Zeichnungen der letzten Pläne gefordert.

An die Vorhaltungen und Forderungen dieses Teiles der Anlage 1 schließt sich unter Teil IV eine Aufstellung der Zugeständnisse an die Regierung mit dem Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920, ferner von Seiten der affiliierten Regierungen, der Reichswehrkommission und der Militärkontrollkommission der Reichsregierung in bezug auf die hier behandelten Artikel des Berliner Vertrages bereits gemacht worden seien.

Neuer Vorstoß Abd el Krims.

Frankreich-spanische Konferenz.

SPD. Paris, 5. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der marokkanische Kriegshauptling, wo seit Mai verhältnismäßig Ruhe geherrscht hatte, wird eine ungewöhnlich heftige Offensive Abd el Krims gegen das Bergmassiv von Taounat, eines der Hauptstützpunkte der französischen Front, gemeldet. Das amtliche Communiqué ist in seinen Angaben ungewöhnlich launisch. Es teilt lediglich mit, daß die Kolonnen der Armeegruppe General-Brasch einmarschieren und daß diese nach sehr heftigen Kämpfen die Offensiv zum Stehen gebracht haben. Die Kämpfe sind jedoch noch keineswegs abgeklungen. Nach Meldungen aus privater Quelle soll es Abd el Krim gelungen sein, den Franzosen eine schwere Schlappe beizubringen. Diese sollen nicht nur das Massiv von Taounat, sondern auch das Massiv von Sibane, dessen Zurückeroberung in der zweiten Hälfte des französischen Truppen erst nach ungewöhnlich heftigen Kämpfen gelungen ist, wieder haben aufgeben müssen. Das einem Bericht des „L'Echo“ geht weiterhin hervor, daß das französische Oberkommando die Zurückeroberung eines Teils der Front auf das Südost der Berg in Aussicht genommen hat.

Vom Saal d'Oran wird am Freitag mitgeteilt, daß die mit der spanischen Regierung anhängenden Verhandlungen zu der Einberufung einer spanisch-französischen Konferenz geführt haben, die demnächst in Paris oder Madrid zusammenzutreten und sich mit dem marokkanischen Problem und der damit zusammenhängenden Fragen beschäftigen soll. Die englische Regierung werde über alle Details dieser Konferenz auf dem laufenden gehalten werden.

den gehalten werden. Im Widerspruch zu den in der vergangenen Woche von der französischen Regierung in der Kammer gemachten Erklärungen scheint es sich dabei weniger um den Versuch zu handeln, mit Abd el Krim auf dem Wege von Verhandlungen zu einem definitiven Friedensschluß zu gelangen, als vielmehr um Vereinbarungen über eine militärische Zusammenarbeit Frankreichs und Spaniens im Rif. Wenigstens deuten darauf Meldungen aus Marokko hin, aus denen hervorgeht, daß Spanien dort ein Expeditionskorps in Stärke von etwa 20 000 Mann konzentriert habe, das demnächst die Operationen gegen Abd el Krim eröffnen soll.

Stinnes beruhigt.

Und bestätigt.

Der „Berliner Börsen-Kurier“ bringt in seiner Freitagabend-Nummer Mitteilungen über die Vorgänge im Stinnes-Konzern, die allem Anschein nach durch Informationen aus dem genannten Konzern selbst geführt werden. Das geht schon daraus hervor, daß das Blatt wohlwollend den Krach im Konzern als den Anfang der Durchführung eines neuen Produktionsprogramms, das ja dem Stinnes-Konzern immer gefehlt hat, bezeichnet. Nach diesen Informationen wird die Ueberorganisation im Stinnes-Konzern dadurch auf ein erträglicheres Maß zurückgeführt, daß die verschiedenen Berliner Zentralen aufgelöst werden sollen. Ueber die geplante Liquidation weiß das Blatt im einzelnen folgendes zu berichten: Es soll ein Posten von etwa 3 Millionen Reichsmark Siemens-Aktien abgetrennt werden, aber so, daß der Effektenmarkt davon nicht in Mitleidenhaft gezogen wird. Auch soll ein Posten von 15-20 Millionen Rhein-Eiswerke in berufene Hände verkauft werden. Wenn sich diese Mitteilungen bewahrheiten sollten, so bedeutet die Abstoßung von Aktienpaketen in solch beträchtlichem Umfange das Ende der Rhein-Eis-Union. Es bleibt jedoch die Frage offen, wer heute die Mittel hat, um die großen Posten aufzunehmen.

Die Rimmerfaffen.

Die Protokollvorlage ist den Agrarier noch zu gestunde.

Die ahnungslose Öffentlichkeit hat sich eingebildet, daß die Zollvorlage der Regierung die Agrarier rechtlos befriedigen dürfte. Das ist aber nicht der Fall. Der Reichslandbund riefet sich nämlich mit neuen Forderungen und zwar ließ er auf einer Tagung des Sächsischen Landbundes eine Resolution annehmen, in der u. a. weitere Erhöhung der Agrarzölle und die Zulage von der Regierung verlangt wird, die Agrarzölle nicht bei den Handelsvertragsverhandlungen zum Gegenstand von Zugeständnissen zu machen. Die erhöhten Agrarzölle werden damit begründet, daß die Industriezölle unter Berufung auf die eingetretene Geldentwertung beträchtlich erhöht worden sind. Im übrigen verlangte die Resolution Aufhebung der bestehenden Ausfuhrverbote für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wahrscheinlich deshalb, um die Preise bei der nächsten Ernte, ähnlich wie im Vorjahre, recht kräftig in die Höhe treiben zu können. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Vereinigung der Getreide- und Futtermittelhändler in einer Eingabe an die Regierung kategorisch die Wiedereinführung des beschriebenen Einfuhrschutzes verlangt.

Die bayrischen Bauern heufen mit.

SPD. München, 5. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der bayerische christliche Bauernverein, die größte landwirtschaftliche Organisation Bayerns und bekanntlich eine Hauptstütze der Bayerischen Volkspartei, tagte am Freitag in München, um zu der Zollvorlage der Reichsregierung und der geplanten Steuerreform Stellung zu nehmen. In einer Entschließung protestiert der Bauernverein gegen die viel zu niedrig (!) angelegten Agrarzölle, während die Industriezölle in einer Höhe festgelegt worden seien, die die Unrentabilität der landwirtschaftlichen Produktion zu einer dauernden mache. Zur Steuerreform forderte der Bauernverein einen Abbau der produktionshemmenden Steuern und an ihrer Stelle Vermehrung der indirekten Steuern, ferner reinliche Scheidung zwischen den Einnahmequellen der Länder und des Reiches, sowie eine autonome Verwaltung der eigenen Steuerquellen durch den bayerischen Staat.

Außerhalb der Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung an der fast sämtliche Reichs- und Landtagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei teilnahmen, mit dem Konflikt mit der bayerischen Landesparlamentarier, der durch die Abkündigung Dr. Heims entstanden ist. Nach dem Referat des Generalsekretärs Dr. Schäffler wurden gegen den denkschriftlichen Landbund die stärksten Vorwürfe erhoben. Dr. Schäfflerbauer erklärte unter Zustimmung der Versammlung, daß das Verhalten des Landbundes nicht ohne Rückwirkung auf die Regierungskoalition in Bayern bleiben könne. Diese Rückwirkung würde sich mit Sicherheit einstellen, wenn die denkschriftlichen Führer in der Bauernkammer nicht selbst die ersten Schritte zur Abkündigung durch die bayerischen Verhältnisse ergriffen. Die Lösung wird in einer Abkündigung der jetzt neu gewählten Bauernkammer und der Ausschließung von Neuwahlen besteht, die aber auf der Grundlage der Verhältnismäßig durchgeführt werden müßten.

Chamberlain in Paris.

Paris, den 6. Juni. (Radio.)

Der englische Außenminister Chamberlain wird heute die Reise nach Geni in Paris unterbrechen, um voraussichtlich mit Briand Rücksprache zu nehmen und es ist wahrscheinlich, daß die beiden Außenminister im Laufe des morgigen Tages die Reise nach Geni gemeinsam machen werden.

Landbündwucherer.

Expressemethoden zum Profitfinden.

Die Landwirte des Kreises Westhavelland sädelten vor einiger Zeit eine Aktion zur Erziehung eines höheren Milchpreises ein. Um sie recht wirkungsvoll zu machen arbeitete man mit demselben Mittel über das man sich sonst nicht hat genug aufzulegen kann, nämlich mit dem Streik. Die einzelnen Besitzer bekamen die Anweisung, jede Lieferung von Milch an die Händler zu unterlassen. Das ist an sich schon charakteristisch gen. Nach charakteristischer ist aber die Abrechnung, die ein Landwirt namens Sircow aus Rodemegge, Kreis Westhavelland, in Nummer 22 des Brandenburgischen Landbundes vom 27. Mai hält. Er schreibt:

„Der Wunsch, einen höheren Milchpreis zu erzielen, war bei allen vorhanden, gaaaber —! Den einen drückte sein Gewissen: Die Kinder in der Stadt dürften doch nicht Milchmangel leiden. Den anderen drückte der Gedanke an seine Frau: Sie würde sich stärken, durch das Verbot der Milch so viel Mehrarbeit zu übernehmen. Der Dritte fürchtete, seinen Absatz für seine Familie zu haben.“ Unseren Aufklärungen und zurechtenden Worten gelang es aber, die Mehrzahl wenigstens für einen Versuch der Milchpreise zu gewinnen. Nur Herr „übermeier“ verweigerte jede Mitbeteiligung; er hatte so viele „Wenn“ und „Aber“, daß er damit Pferde scheitern konnte! Und da sei bei dieser Gelegenheit mal ein deutliches Wort gesprochen. Solche „Übermeier“ gibt's in unseren Kreisen leider Gottes viele, ja, zu viele! Sie treten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf als Fleumacher, als Drückeberger.

Wenn sie trotz aller Bemühungen keinen anderen Grund zur Fleumacherei finden, dann ist es für sie schon Grund genug, daß sie nicht als erste den Anstoß zu einer Bewegung gegeben haben. Daß sie dadurch den einigenden Landbündwucherer vollständig desavouieren, ist ihnen Nebensache; sie betrachten es schon als ein großes Entgegenkommen ihrerseits, daß sie äußerlich durch Tragen des Abzeichens ihre Zugehörigkeit zum Landbund betätigen.

„Leider Gottes ließen unsere Bukower Nachbarn sich herumkriegen, für 16 Pfg. zu liefern; da mußten wir denn auch nachgeben und ebenfalls für 16 Pfg. liefern. Unser Abnehmer erklärte uns ganz offen, daß die Händler nicht hätten durchhalten können, und daß sie uns, wenn die Bukower nicht so ängstlich gewesen wären, auch 17 Pfg. gegeben hätten.“

Das sind sehr unverblühte Worte. Sie zeigen, daß sich unsere Herren Agrarier, die immer so viel von Christlichkeit und Nächstenliebe sprechen, vor Brutalität und Rücksichtslosigkeit kaum kennen, wenn es darum geht, ihre Interessen zu vertreten. Sogar der Einwand eines Besitzers, die Kinder in der Stadt dürften doch nicht an Milchmangel leiden, wird mit einer Glasse unangenehmer Gebärde abgetan. Und diese Kreise entziehen sich moralisch, wenn die Landarbeiter in ihrer Not zum letzten Mittel, zum Streik greifen!

Die Bewegung in China.

Ubergreifen nach dem Norden.

London, 4. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Unruhen in China haben sich weiter verschärft. Der nationalchinesische, ausgesprochen fremdenfeindliche Charakter der Bewegung liegt nunmehr offen zutage. Panzerwagen durchziehen Tag und Nacht die Stadt Peking und sorgen für Ruhe, der Kontrolldienst auf den Straßen wird mit größter Strenge durchgeführt. Bei Einbruch der Dunkelheit darf sich kein Chinese außerhalb der Häuser zeigen, da man eine Wiederholung der Ueberfälle befürchtet. In Schanghai herrschte am Donnerstag nächtliche Ruhe, den Streikenden schloßen sich immer neue Arbeitermassen an. Die größte Pekingener Tageszeitung der „Peking Leader“ drängt auf Ernennung eines unparteiischen gemäßigten Ausschusses, der eine Kommission mit der Untersuchung der Unruhen betrauen und eine Befriedung herbeiführen soll. Das Elektrizitätswerk von Schanghai wird von einem Aufgebot englischer Truppen bewacht. Drei englische Kreuzer sind am Donnerstag angekommen.

Der Terror geht um.

Wilde Zustände in Sofia.

Belgrad, 8. Juni.

Reisende, die von der bulgarischen Grenze kommen, teilen mit, daß Sofia seit gestern morgen von der Außenwelt vollständig abgeschlossen sei. Kein Mensch dürfe in die Stadt hinein oder aus der Stadt heraus. Auf den Straßen patrouillieren Reserveoffiziere und Unteroffiziere mit weißen Armbinden und Abzeichen als Mitglieder des Vereins der Reserveoffiziere. Um 8 Uhr morgens fuhr ein Offizier der Stadtkommandantur im Auto bei allen Gefandtschaften vor und übernahm für die Angehörigen der verschiedenen Gefandtschaften Passierscheine, die zum freien Verkehr in der Stadt ermächtigen. Alle Geschäfte, mit Ausnahme der Apotheken und der Baderläden, sind geschlossen. Die getriggen Morgenblätter sind nicht erschienen.

Ueber die Ursachen dieser außergewöhnlichen Maßnahmen verläutet, daß sie im Zusammenhang mit der Entlassung jener 10 000 Mann stehen, zu deren Einberufung die bulgarische Regierung nach dem Attentat in der Kathedrale von der Reichswehrkommission ermächtigt worden ist, und die nunmehr nach dem Entschluß der Reichswehrkommission entlassen werden müssen. Den Behörden soll zur Kenntnis gekommen sein, daß eine Anzahl Verschwörer sich in Sofia verborgen hält, weshalb sie vor der Entlassung der Miliz in der Stadt Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Nach einer anderen Auffassung sind die außerordentlichen Maßnahmen des Militärkommandos mit einem neuen Attentatsversuch auf den König Boris in Zusammenhang zu bringen. Mehrere Personen, die an dem Attentatsversuch vor einigen Wochen beteiligt waren, sollen sich in Sofia aufhalten.

Sofia, 4. Juni. (Radio.)

Die General-Majaja dauerte von 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Die Stadt war vollkommen von Militär und Polizei überflutet. Niemand durfte ohne Ausweis die Straßen betreten. Um 1/6 Uhr früh begannen die Hausdurchsuchungen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen soll sich auch der Führer der Bande befinden, die Mitte April den Anschlag auf den König verübte.

Der Terror in Italien.

Die Faschisten schänden das Andenken Matteottis.

Rom, 5. Juni. (Radio.)

Der Generalsekretär der faschistischen Partei hat alle faschistischen Abgeordneten aufgefordert, spätestens am 10. Juni vor-mittags ihre Karten bei ihm abzugeben und sich geschlossen an der Kundgebung der Opposition für Matteotti zu dem Zweck einzufinden, die oppositionelle Gedächtnisfeier zu durchkreuzen. Die Opposition wird sich aber nicht davon abhalten lassen, die Feier auf jeden Fall in dem Saale abzuhalten, den der Präsident des Parlaments bezeichnen wird. Die Bevölkerung wurde In-folge der faschistischen Drohungen von der Opposition aufgefordert, zur Vermeidung blutiger Zwischenfälle keine öffentliche Gedenkstelen am Todestage Matteottis abzuhalten. Die auf dem Anatin tagende Opposition beschloß nach längerer Debatte, ihre Haltung in der Kammer nicht zu ändern.

Politische Notizen

Berlin, 6. Juni. (Radio.) Die Herrn Stresemann nahestehe-nde Zeit erwartet im Laufe der nächsten Woche die Ueberreichung der französischen Antwortnote auf das deutsche Memorandum in der Sicherheitsfrage.

Rom, 4. Juni. (Radio.) Die italienischen Arbeiter planen für den 10. Juni, den Todestag Matteottis, große Kundgebungen gegen die Regierung. Der „Popolo d'Italia“ betrachtet die Feier für den Ermordeten als eine „Herausforderung, welche die Faschisten nicht dulden können“. Die Anhänger der Regierung haben große Gegendemonstrationen beschlossen, durch die die sozialistische Gedächtnisfeier gestört werden soll.

Paris, den 5. Juni. (Radio.) Bei der Eröffnung des russischen Pavillons auf der internationalen Ausstellung für dekorative Kunst ist es gestern zu heftigen Zwischenfällen gekommen. Der Kultusminister de Monzie, der als Vertreter der französischen Regierung in Begleitung von zahlreichen Abgeordneten und Senatoren der Eröffnung bewohnte, wurde beim Betreten des Pavillons mit dem Gelang der Internationale und dem Ruf: „Nieder mit dem Krieg, es lebe Maratko“ empfangen. De Monzie und sämtliche Mitglieder der Delegation ver-liegen daraufhin die Feier.

Der Agrarnepp in Sowjetrußland

Von Paul Osbera.

In der wirtschaftlichen Entwicklung Sowjetrußlands beginnt eine neue Phase, die — um die Sowjetterminologie zu gebrauchen — als Agrarnepp, d. h. die neue Agrarpolitik, zu bezeichnen ist.

Seit der Oktoberrevolution 1917 bis zuletzt hieß es offiziell, daß die kommunistische Partei Rußlands sich auf die Arbeiter und die armen Bauern stütze. In bezug auf die Bauernschaft entsprach diese Behauptung in gewissem Sinne der Wirklichkeit, indem die Staatsgewalt die armen, oft landlosen Elemente, aus engpolitischen Gründen, gegen die mittleren und wohlhabenden Bauernschaften mit Erfolg zugunsten des Diktaturregimes ausnutzte. Den Höhepunkt erreichte diese Politik in den Jahren des Kriegskommunismus (1918—1924). Damals schalteten und walteten auf dem flachen Lande die von der Sowjetgewalt ins Leben gerufenen Dorfkomitees. Für reichliche Entschädigung und Begünstigungen sorgten diese Körper für die armen Bauern, die Erzeugnisse der Bauernwirtschaft für die Gegenwerte entzogen und dem Staate geliefert wurden. Sie übten dieselben polizeipolitischen Funktionen aus, die später, als die Komites unter dem Druck der Bauernschaft aufgelöst werden mußten, den ländlichen Sowjets und den kommunistischen Zellen übertragen wurden. Aber wie zuvor behauptete der Kommunismus, daß er ausschließlich die Interessen der armen Bauern vertrete. Nun wird der offizielle Standpunkt, wonach der Kommunismus die Interessen der armen Bauern wahr, preisgegeben. Ein neuer Grundsatz der russischen Agrarpolitik ist proklamiert worden, den man mit den Worten: „Freie Bahn den reichen Bauern“ zusammenfassen könnte. Mit voller Offenheit richtet der Generalsekretär der kommunistischen Partei und Chefredakteur der „Prawda“, Bucharin, an die wohlhabende Bauernschaft den bekannten Appell: „Bezeichnet euch!“

Dem neuen Sündenfall der kommunistischen Partei ist ein lebhafter Streit um den russischen Bauern vorausgegangen. An der Diskussion beteiligten sich die bekannten Parteiführer und Machthaber, wie Kalinin, Rykoff, Kameneff, Stalin, Sinowjew, Bucharin, sowie zahlreiche sowjetische Wirtschaftspolitiker. Für die neue Orientierung mußte man sich selbstverständlich eine theoretische Begründung finden, die zugleich vom parteipolitischen Gesichtspunkte unanfechtbar wäre. Das war aber gar nicht so leicht, und zwar deshalb, weil eine solche Politik für eine Partei, die sich als kommunistisch ausgibt, sich einfach nicht begründen läßt. Kein Wunder daher, daß mehrere Monate hindurch leidenschaftliche Auseinandersetzungen auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind. Die Sowjetpolitiker konnten sich nämlich über die soziale Definition der Bauernschaften nicht verständigen. Wer ist als „Kulak“ (reicher Bauer, Dorfwohner) zu bezeichnen? Darf jeder einigermaßen wohlhabende Bauer zu dieser sozialen Kategorie gezählt werden? Um diese Grundfragen wurde der scharfe Streit geführt. Sechs Jahre hindurch waren sich die Sowjetmachthaber über diese Fragen vollkommen im Klaren gewesen. Plötzlich haben sie sich in ein kompliziertes Problem verwandelt. Wie lagen eigentlich bisher die Dinge? Kulak war für den Sowjetstaat ein Schlagwort, um die antidemokratische Bauernpolitik rechtfertigen zu können. Ganze Bauernschaften, die keine Hungergezeiten führten, wurden zu der Kategorie „Kulak“ gestempelt. Dementsprechend wurden sie national und wirtschaftlich arg beeinträchtigt: sie hatten kein Wahlrecht in den Sowjets, sowie in den öffentlichen Körpern; sie wurden um das Mehrfache besteuert; sie durften keine öffentlichen oder staatlichen Posten bekleiden. Wie unerträglich dieser Zustand war, geht u. a. daraus hervor, daß die Bauern in manchen Bezirken nach dem Solidaritätsprinzip aus ihrer Mitte abgewählt jemanden wählten, um die schweren Pflichten des Kulaks zu erfüllen. Selbstverständlich war diese Politik durch aus schädlich, da sie die produktiven Kräfte des flachen Landes, richtiger der gesamten Volkswirtschaft, in höchstem Grade unterbunden hatte; die Bauernwirtschaft konnte nicht gedeihen und auf fester Grundlage aufgebaut werden, weil sie unter der ständigen Gefahr lebte, in den rechtlosen Zustand der „Kulak-Wirtschaft“ versetzt zu werden. Somit wurde jegliche Wirtschaftsiniziativ im Keime erstickt. Trotz dieser und sonstigen Hemmungen seitens der Staatsgewalt hat sich — durch die gesamte Entwicklung des russischen Dorfes — eine mittlere und wohlhabende Bauernschaft gebildet und ist zu einem mächtigen wirtschaftlichen und politischen Faktor des Landes geworden; immer mehr und mehr wurden selbst die Dorfsozjets gezwungen, die Rechte der wohlhabenden Bauern; zwischen der Zentralgewalt und dem flachen Lande entstand eine tiefe Kluft. Daher heißt die kommunistische Partei den mittleren und wohlhabenden Bauern, den sie noch gestern als Kulak brandmarkte, als ihren neuen Bundesgenossen willkommen. Zu diesem Zweck eben dienen die „Untersuchungen“ über die soziale Zusammenfassung der Bauernschaften, die den Beweis zu erbringen haben, daß eine feste Bauernwirtschaft eine wichtige positive Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion sei, und daß der Kulak bisher von der Sowjetpolitik zu ungerecht behandelt wurde. Er sei eigentlich arm und nicht reich, wie man geglaubt hatte. Man könne und müsse ihm die Hand reichen. Diese Beweisführung haben, um nur einige Namen zu nennen, Rykoff, Kameneff

und Bucharin vorgebracht. Entsprechend dieser neuen Einstellung hat die Sowjetregierung die Lohnarbeit auf dem flachen Lande gesetzlich verankert. Seit 1922 war die Lohnarbeit im Dorfe nur in einzelnen Fällen statthaft. Diese Beschränkung ist jetzt aufgehoben worden. Ebenso sollen andere Maßnahmen zugunsten der festen Bauernwirtschaft durchgeführt werden.

Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte bedeutet die neue Agrarpolitik der Sowjetregierung einen gewissen Fortschritt, da sie der natürlichen Entwicklung der russischen Agrarverhältnisse Rechnung trägt. Eine der Folgen der russischen Agrarrevolution war die Entstehung zahlreicher Parzellenwirtschaften, die ihre Existenz nicht behaupten können und die direkte Proletarisierung des Dorfes einerseits und die Bildung einer ziemlich wohlhabenden Bauernschaft andererseits. Laut Angaben des bekannten russischen Statistikers und Agrarpolitikers, Prof. Gagnowsky, ist der Uebergang an Arbeitskräften im Sowjetstaat aus 20 Millionen Menschen zu schätzen. Seit der Aufhebung des Kollektivkommunismus geht der russische Bauer immer mehr zur Waren- und Geldwirtschaft über. Die Tendenzen und Begleiterscheinungen der kapitalistischen Verhältnisse geben in ganz ausgesprochener Weise auf dem flachen Lande immer mehr den Ausschlag. Diese natürliche Evolution, die durch die Sowjetpolitik in hohem Grade verzerrt worden ist, hatte eine gewaltige soziale Umgestaltung und eine erhebliche — oben von uns bereits ange deutete — Machtverschiebung zur Folge.

Die wohlhabende Bauernschaft forderte die Aufhebung der Schranken gegen die Privatwirtschaft; die arme stellte die Alternative auf: entweder Land oder das Recht auf Lohnarbeit. Und die Sowjetgewalt mußte vor diesen geschäftlichen Notwendigkeiten kapitulieren, genau so, wie sie das schon wiederholt getan hat, allerdings unter Preisgabe der sozialistischen und demokratischen Grundzüge.

Vor vier Jahren hat die Sowjetregierung die sogenannte neue Wirtschaftspolitik proklamiert, die sich die Aufgabe stellte, die Privatwirtschaft im engen Rahmen des Diktaturregimes und zugunsten dieses Regimes gedeihen zu lassen. Die Möglichkeiten dieses Versuches sind nun erschöpft. Durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind sämtliche Einschränkungen der Sowjetpolitik zunichte gemacht worden. Neue mächtige Positionen hat der Kapitalismus in Sowjetrußland errungen. Die anpassungsfähige kommunistische Partei Rußlands stellt sich auf den Boden der vorkommenden Tatsachen und versucht, durch neue bedeutende Konzessionen an den Kapitalismus ihre Machtstellung zu stärken.

Die Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn.

Das endgültige Ergebnis der Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn-Gesellschaft am 7. und 8. Mai liegt nun vor. Die Verteilung der im Reichsbahn-Betriebsrat vertretenen Kräfte spiegelt sich am besten im Ergebnis der Wahl zum Hauptbetriebsrat, weshalb wir uns in der nachfolgenden Darstellung auf die Wiedergabe dieses Resultates beschränken.

Das entscheidende Merkmal der Wahl ist ein völliger Zusammenbruch des freien Eisenbahner-Verbandes, des Nachfolgers der kommunistischen Opposition, die in den letzten Jahren mit eigenen Listen an den Wahlkämpfen beteiligt war, und steigende Erfolge verzeichnen konnte. Die Opposition hatte im vorigen Jahre mit 19,46 v. H. der abgegebenen Stimmen ihren Höhepunkt erreicht und 5 Mandate im Hauptbetriebsrat erobert, während der F.E.V. in diesem Jahre 29,28 oder rund 52 v. H. der Stimmen des Vorjahres verloren hat, so daß er nur noch 2 Mandate im Hauptbetriebsrat bekommt. Neben der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Strömung lief in der Wahlbewegung ein schwarzes Ringen mit der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die aus verschiedenen, in der jüngsten Entwicklung im Eisenbahnbetriebe liegenden Gründen einen gewissen Erfolg zu erlangen vermochte. Der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahner-Verband verzeichnet gegen das Vorjahr einen Gewinn von 12.898 Stimmen oder 2,63 v. H., und er erhöhte seine Mandatsziffer im Hauptbetriebsrat von 16 auf 17, aber die GdE. nahm um 19.180 Stimmen oder 6,41 v. H. zu und erhielt 4 statt 2 Mandate. Der zum Gewerkschaftsring gehörige Allgemeine Eisenbahner-Verband erzielte nur den bescheidenen Gewinn von 765 Stimmen oder 0,16 v. H., aber er bleibt mit 2 Mandaten im Hauptbetriebsrat auch in Zukunft zu der gleichen Bedeutungslosigkeit verurteilt, durch die er sich bisher auszeichnete. Das Gesamtergebnis zeigt im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild: D.E.V.: 191.690 oder 65,36 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen (1924: 178.792 = 61,71 v. H.); GdE.: 49.141 = 16,76 v. H. (20.011 = 10,35 v. H.); A.E.V.: 25.338 = 8,64 v. H. (24.573 = 8,43 v. H.); F.E.V.: 27.102 = 9,24 v. H. (56.382 = 19,46 v. H.). Der F.E.V. ist also der einzige Bewerber, der einen Verlust, und zwar einen, der sich sehen lassen kann, davongetragen hat.

Der D.E.V. behält also den ausschlaggebenden Einfluß im Kreise der organisierten Arbeiter der Reichsbahn und innerhalb ihrer Betriebsvertretungen. Die Stellung, die er von

jetzt inne hatte, hat er gehalten, und daher ruht nach wie vor auf seinen Schultern ein Höchstmaß von Verantwortung für das soziale Schicksal der Arbeiter der Reichsbahn. Es liegt auf der Hand, daß keine kleineren Gegner die erhöhte Verantwortung dieser überaus großen Organisation in der Propaganda gegen den D.E.V. ausüben, indem sie ihn für alle Schläge, welche die Eisenbahner in der jüngsten Zeit ertragen mußten, verantwortlich machen. Es fällt ihnen leicht, großsprecherisch zu behaupten, daß sie die Verhältnisse besser gemeinert hätten, wenn sie die große Macht des D.E.V. besäßen. Dazu kommt, daß die Last des seit Jahr und Tag bei der Reichsbahn als Schreckgespenst umgehenden Perjonalabbaues vornehmlich vom D.E.V. getragen werden mußte, denn die Dienstverhältnisse machen selbstverständlich vor allem die besten Funktionäre des D.E.V. und seine tüchtigsten Anhänger in den Reihen seiner Mitgliedschaft zur Zielscheibe ihrer Abkantung. Der Abbau bewirkt infolgedessen, daß sich viele Arbeiter einer gewerkschaftlichen Richtung zuwenden, die weniger hart vom Joche der mit Hilfe des Abbaues „aufzuräumen“ Verwaltung getroffen wird. Tausen für diese Dinge zusammen, so haben wir die wesentlichsten Gründe für den Zuwachs, dessen sich die Christen erfreuen, erkannt, und wenn der A.E.V., obwohl er seinem Charakter nach dazu berechtigt wäre, aus diesen Zuständen nicht den gleichen Vorteil wie die Christen zu ziehen vermochte, so zeigt das, daß er keinerlei verbundene Kraft mehr besitzt und daß die Eisenbahner ihn überhaupt nicht mehr ernst nehmen. Er ist angewiesen auf einen alten, langsam aussterbenden Stamm.

Entscheidend bleibt aber das katastrophale Schwinden des kommunistischen Einflusses. Er ist um so schmerzlicher für die Betroffenen, weil die Kommunisten besonderen Wert darauf legen, gerade bei der Eisenbahn maßgeblichen Einfluß zu erlangen, und infolgedessen ist die Stellung an dieser Stelle von besonderer Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung. Das letzte, was diese Leute zu erreichen vermochten, war, daß sie den Erfolg des D.E.V. auch in dieser Wahlbewegung verkleinern halfen. Denn der Zwist, den ihr Auftreten in die Reihen der freigewerkschaftlich gestimmten Eisenbahner getragen hat, ist natürlich ein weiterer Grund für die Abwanderung eines Teiles der Arbeiter in andere Organisationen und für eine unerfreuliche Ausbreitung des Indifferentismus. Und auch die Kraft, die der D.E.V. aufwenden mußte, um die kommunistische Strömung in ihre Schranken zu verweisen, verringerte selbstverständlich seine autoritative Stütze nach der Seite der Christen und des A.E.V.

Dennoch vermochten die Kommunisten den selben Bloß des D.E.V. nicht zu erschlüssen. Im Augenblick ihres Verschwindens steigert er von neuem seinen Einfluß. Der verhältnismäßig geringe Zuwachs an Stimmen, den er in diesem Jahre zu erlangen vermochte, ist nur der Anfang eines neuen Aufstiegs, und im nächsten Jahre wird sich der D.E.V. allen seinen Gegnern von neuem stellen, um ihnen weitere Positionen abzunehmen. Von dieser Inzucht erhellt, werden die Betriebsräte des D.E.V. im ganzen Lande ihre Tätigkeit im neuen Amtsjahre aufnehmen.

Hindenburg und die Sparrer.

Der Herr Reichspräsident ist nicht zu sprechen.

Hindenburg verbannt seine Wahl als Reichspräsident zu einem guten Teil den Sparrern. Sie hatten im ersten Wahlgang, der Parteier Organisation folgend, Stimmensammlung geübt. Sie folgten im zweiten Wahlgang ebenso dem Wahrspruch ihrer Organisation, sich für Hindenburg einzusetzen, weil er sich als „Mann des Rechts“ vorstellte und gelobte, Treu und Glauben wiederherzustellen. Seine Wahl löste bei den Sparrern die Hoffnung aus, Hindenburg werde in Wahrheit ihr Retter werden und sie vor dem übermächtigen Einfluß des Kapitals und der Rechtsparteien schützen.

Entsprechend dieser Auffassung richtete die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen unmittelbar nach der Wahl an Hindenburg ein Telegramm, in dem es heißt:

„Auf Grund der von Ihnen, Herr Präsident, in der Oberbochum an das deutsche Volk bezogenen Anerkennung der Heiligkeit des Rechts, vertrauen die widerrechtlich ihres Besitzes, ihrer Erparnisse und ihrer rechtmäßigen Ansprüche beraubten auf Ihren edlen Willen, den Reichsständen zu helfen, um so mehr, als ihre Entrechtung auf der anderen Seite zu einem bei den Schuldner überall nachweisbarem gewaltigen Vermögensverlust geführt hat.“

Auf dieses Telegramm erging die Antwort, Hindenburg werde der „wichtigen Frage volle Würdigung und Aufmerksamkeit zuteil werden lassen.“ Da gleichzeitig mitgeteilt wurde, daß man das Telegramm dem Reichsminister der Finanzen zur Kenntnisnahme zugehen lassen werde, faktisch die Aufwertungsverbände am 13. Mai den Befehl, eine Deputation zu Hindenburg zu entsenden.

Der Ausführung dieses Begehrens aber ließen sich unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Alle Versuche der Aufwertungsorganisation, Hindenburg ihre Ansichten und Wünsche direkt vorzutragen zu können, sind gescheitert. Hindenburg ist für die Sparrer nicht zu sprechen und liefert so den Beweis, daß alle auf ihn gesetzten Hoffnungen trügerisch waren.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

86. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

„Sind Sie denn nun wieder ganz gesund?“ fragte eine Frau. „Ja, bloß 'n kleinen Herzfehler hab ich behalten!“ Das junge Ding lachte vergnügt und sah dann erschrocken nach der Reichte hin, ob die auch das Lachen nicht übergenommen.

Aber diese war viel zu sehr bei der Sache; aufmerksam hörte sie zu. Verschiedene ähnliche und unähnliche Fälle wurden aufgeführt; die Unterhaltung kam in vollen Gang.

Bater Reichte und Mine und Bertha waren allein in der Stube zurückgeblieben. Sie standen alle drei am Bett. Der Alte noch immer in seiner vorigen Haltung, den Rücken gekrümmt, die Hände ineinander geschlungen. Aber sein verlegenes umherirrender Blick war stetig geworden, starr ruhte er auf den stillen Zügen seines Kindes. Keine Muskel rührte sich in seinem fahigen Gesicht, dabei schülterte ihm die Tränen aus den Augen. Er schien sie gar nicht zu bemerken, er ließ sie rinnen.

„Bater, du weinst der ja blind!“ Mine faßte seine Hand; jetzt mußte sie auch weinen. „Bater, laß ihr, es is so am besten für ihr!“

„Ja, for Treten is es wohl so am besten,“ sagte der Alte mit einer festlichen Betonung, „aber for —“

Er sprach nicht aus, und Mine wußte nicht, an wen er dachte.

Bertha stand dabei, ohne sich zu rühren. Ihre Blicke bohrten sich förmlich in das wässrige Gesicht. Ihre Wimpern zuckten nicht, keine Träne feuchtete ihr Auge. Sie war wie gebannt.

Also das war der Tod —? Sie hatte noch keinen Toten gesehen, nur ein paar Mal, früher bei der Mutter, kleine tote Kinder; aber die gleichen Pupillen.

Hier der erste tote Mensch. Sie atmete tief auf — das war doch gar nicht schlimm! Es ließ ihr keine Ruhe, sie mußte den Zipsel heben und die Gestalt betrachten, die da unter dem Leintuch starr gekrönt lag. Und

ihre Finger mußten über die regungslose Brust fahren, und dann über die Hände, die Arme, den Hals, die Wangen. Alles eiskalt! Aber sie empfand keine Furcht. Sie strich der Toten die Haare aus der Stirn.

Als Bertha sich nach einer halben Stunde durch den Laden drückte, fand sie nur noch wenige Teilnehmende vor, die weißen waren wieder ihren Geschäften nachgegangen.

Auch Frau Reichte stand hinterm Ladentisch; ihre Rechte hielt einer Käuferin ein Bund Zwiebeln hin, ihre Linke wischte die noch immer fließenden Tränen.

Schon kam ein junges Mädchen aus der Nachbarschaft und brachte für die tote Jungfrau den Morientranz.

82.

Weit draußen hinter den letzten Straßen, auf Gretes Grab, blühte der Geraniumstolz, den Mine hingetragen, in rollender üppigster Fülle. Die Rosenstiele, die Ellis Kinderhände, in Spielerei, auf das schmale Grab gelegt, waren angewachsen und grünen lustig. Der Wind hatte allerlei Samen herzugezogen, Unkraut und Gänsefußbüschchen im Rasen auf, und schwante Halme wiegen sich im Winde.

Reiches hatten nie ein besseres Kind gehabt.

Alle Sonntag nachmittag ging Frau Reichte im wehenden Kreppschleier, mit der grünen Giebkanne am Arm, und bog sich das Grab.

Ellis, die mit der Mutter kam, spielte derweilen zwischen den Gräbern; nie ging sie fort, ohne sich mit irgend einer geräuherten Rose geschmückt zu haben.

Der Alte spazierte nicht mit auf den Kirchhof; er sah, wie immer, zu Hause und rauchte und trank eine Weiche. Aber sein Gesicht war ganz verkümmert.

Arthur hatte sich einen breiten Kreppstreifen um Hut und Paletotärmel heften lassen, er hielt auf den nötigen „Hi“, das hatte er von seiner Mutter.

Er war noch immer in der Druderei und schien sich soweit auszuhalten, wie er zu fühlen. Freilich, im Lohn aufgerückt war er noch nicht; er hatte noch immer nichts anderes zu tun, als Garbwalzen zu waschen, Maschinen zu ölen und zu reinigen, Formen einzuhängen und auszubehnen. Aber er hatte Kameraden gefunden, denen er mit seiner „Bildung“ imponierte. Er führte

das große Wort und gab sein Urteil über alles mögliche mit einer Sicherheit ab, die andere zwang, ihm unbedingt beizustimmen.

Nur mit den Sehern hatte er ewig „Kraach“. Das war ein eingebildetes, hochmütiges Paß. Die hatten den „Seherhöhenwahn“, wie Arthur sagte. Die meinten wohl gar, wenn sie mit den Buchstaben herumspickten, hätten sie die Bücher selber geschrieben. Davon verstand er doch nichtens ebensoviel, wohl noch ein bißchen mehr; hatte er doch seine ganze Jugend zwischen Büchern verbracht. Von den Büchern ließ er sich noch lange nicht einschüchtern! Und so hörte man im großen Arbeitsaal, trotz des Stampfens der Maschine und des Surrens der Treibriemen seine helle Stimme; mochten die Seher sich unwillig umhören. „Hi, Ruhe!“ Was brauchten die sich so anzuspicken! Die hatten zu ihrer mechanischen Arbeit noch längst Ruhe genug.

Besonders zwischen Arthur und einem Seher, einem blaffen nervösen Menschen mit gereizter Stimme, bestand ewige Fehde. War dieser auf einen Dienst des Hilfsarbeiters angewiesen, konnte er sicher sein lange warten zu müssen; nie kroch Arthur an seinem Kult vorüber, ohne besonders hart aufzutreten oder wohl gar irrend einen Gegenstand, den er trug, zur Erde fallen zu lassen. Schreite dann der nervöse Mann zusammen, so lächelten die anderen.

Der Faktor hatte Arthur schon ein- oder zweimal angelassen; er machte sich nichts daraus. Im Gegenteil, die Kameraden tranken ihm nachher zu in der Kneipe; dann schlug er lachend an den Tisch, rief nach dem Wirt und bestellte eine Runde Bier.

Ein störrischer Mensch! Mutter Reichte hatte schon Ursache an ihrem heimlichen Stolz auf ihn. Wenn er sie besuchte hatte — allzuoft kam er nicht — stand sie noch lange in der Kellerstube und schaute ihm nach. Mit seinem weichen, breitkrempigen Hut und den lockigen Haaren hatte er was von einem Künstler. Die hübschesten Mädchen warfen ihm Blicke zu; da kam mehr als eine in den Keller, die sich nach dem „schönen Arthur“ erkundigte. Schade, daß der nicht mehr zu haben war! Und Mutter Reichte seufzte: „Ja, schade! Der hat sich zu sehr verzeampert!“

(Fortsetzung folgt.)

Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck

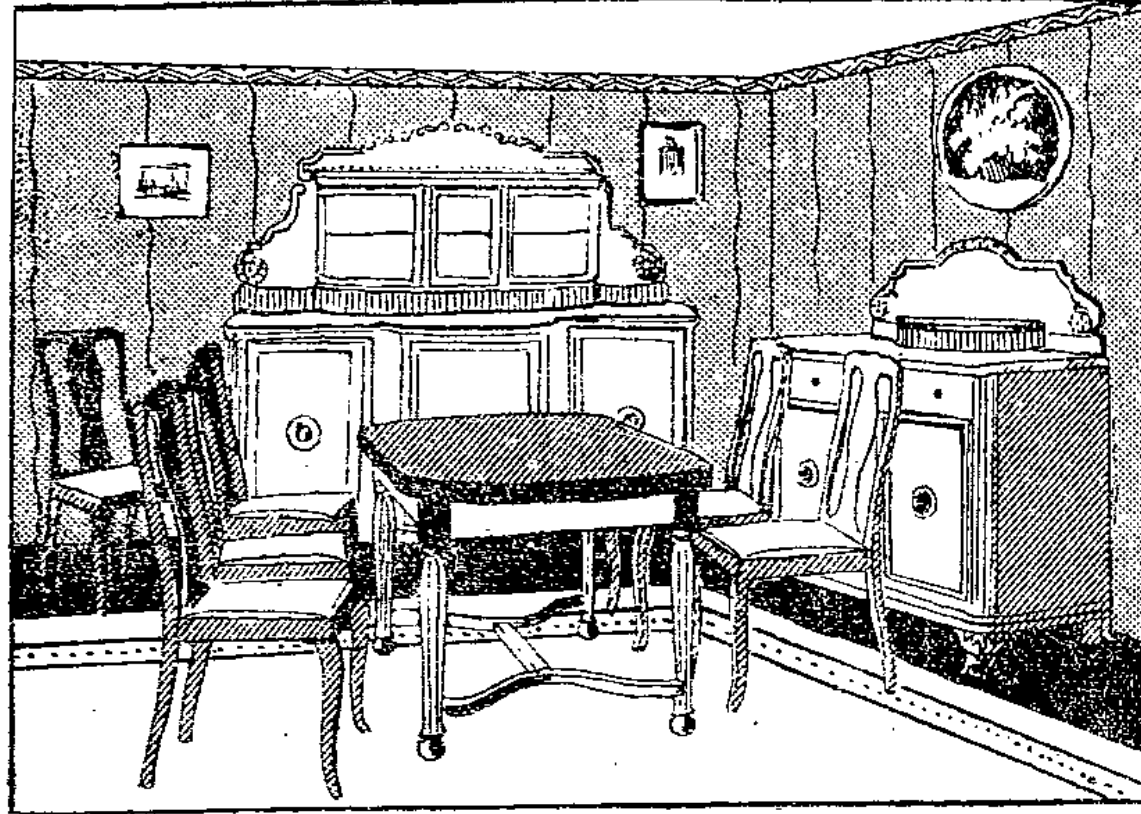
Lübecker Volkswohl-Lotterie (ADGB)

kommen neben dem

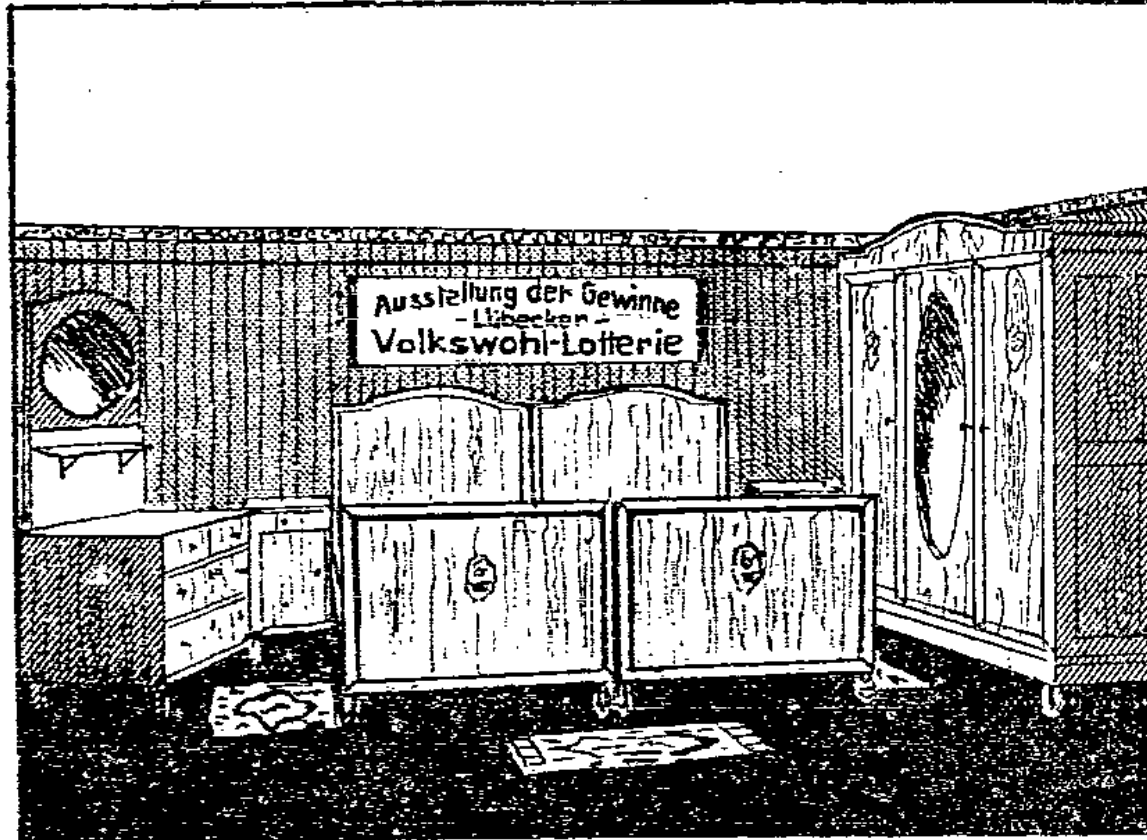
Hauptgewinn von **1 Einfamilienhaus**
im Werte von 8991

10 000 Mark

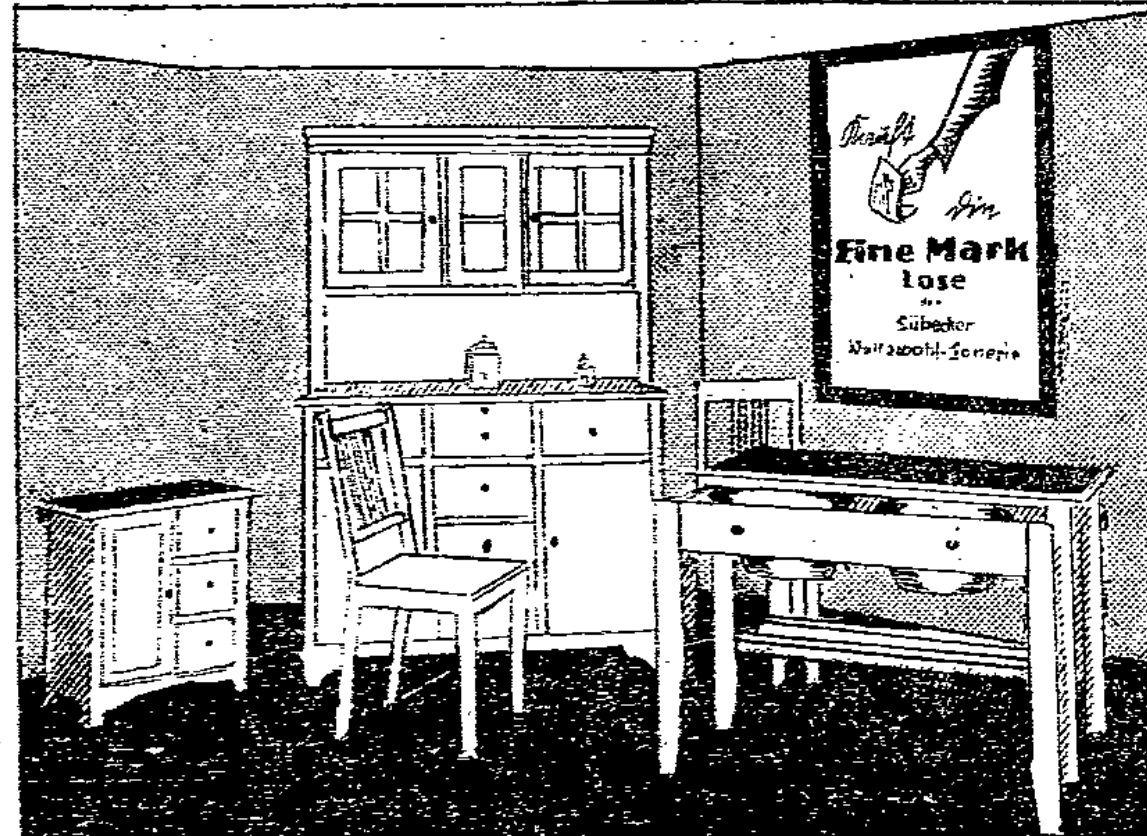
12 kompl. Zimmer- u. Kücheneinrichtungen
zur Verlosung, darunter die hier abgebildeten
2 Esszimmer



3 Schlafzimmer



5 Kücheneinrichtungen



Besichtigen Sie die erstklassigen Einrichtungsgegenstände im Ausstellungsraum der Gemein. Arbeitsgenossenschaft, Sandstr. 24, und Sie werden sich nicht nur mit einem Los an dieser „Lübecker Lotterie“ beteiligen, bei welcher auch noch zahlreiche

Bargewinne

von Mk. **5000, 2000, 1000, 500, 100** usw.
zur Verlosung kommen.

Jedes Los nur **eine** Mark.

Die **Ziehung** findet in Lübeck schon am **16. Juni** unter notarieller Kontrolle öffentlich statt.

Angesichts der beachtenswerten Gewinne und dem billigen Lospreis wird jeder Lübecker an dieser Lotterie teilnehmen.

Lose erhalten Sie in den hiesigen **Städtischen Lotterie-Einnahmen** sowie in den durch Plakate gekennzeichneten Verkaufsstellen.

Bei der von einem

Milch-Kolonie in Schwartau vom 1.—29. Juli

Teilnehmerkarten zu RM 9.50
sind zu haben an der Ortskrankenkasse, Fleischhauerstraße, bis zum 27. Juni.
Abfahrt mit der Straßenbahn ca. 1 Uhr mittags.
Der Ausschuss 8957

Das Seifen-Wunder Amax!!

Amax ist das Idealste Säubermittel des 20. Jahrhunderts.
Amax ist für Jedermann das einzig praktische Säubermittel. Da Amax mit kaltem Wasser jeden Schmutz sofort entfernt, ganz gleich, ob die Hände durch Farbe, Maschinenfett, Öl, Lein, Druckfarben, Tinten, Lauge oder sonstige unangenehme Substanzen verunreinigt sind.

Amax beseitigt also spielend leicht hartnäckigsten Schmutz ohne ätzende Wirkung wie andere Mittel, erhält die Haut weich, ist die sparsamste Seife im Gebrauch.

Amax ist nicht nur Säubermittel, sondern unendlich vielseitig im Haushalt zu gebrauchen.

Preis pro Stück circa 200 gr. nur 60 Pfennige.

Zu haben in allen Verkaufsstellen des Kaufvereins (9007) ferner bei
W. Deckmann, Königstraße 95 und
H. Ehlers, Königstraße 44.
H. Kähler, Dornestraße 5.

General-Vertreter
H. Edtholdt, Königstr. 49
Nebenröder 8178.

Besseres
Bekömmlicheres
Billigeres

Nahrungsmittel

wie die jetzige schöne
Weidemilch

gibt es nicht. Milch als Morgenkaffee sättigt für den ganzen Tag 19074

Hansa-Meierei G. m. b. H. Lübeck

Der Senking-Gasherz
ist ein Qualitätszeugnis deutscher Industrie, welches nicht nur wie jede andere Marke die Brenner verbrauchen merkt wenig Gas.
lassen Sie sich den
Qualitäts-Senking-Gasherz
unverbindlich in meiner Spezial-Gasabteilung Mühlenstr. 12 vorführen. Reparaturen an Gasherden durch eigene, extra geschulte Kräfte. Lieferung aller Ersatzteile und Brenner.
Adolf Borgfeldt, Lübeck

Tapeten - Reste selbsterw.
Eugen Zangerl
Breite Straße 53 I.
Hans-Dorff-Str.

Achtung! Beteiligungsarbeiter!

Die Wahl zum Verbandstag findet am 12. Juni, nachmittag von 4—9 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen oder daselbst in Empfang zu nehmen. Es ist Pflicht einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen, sein Wahlrecht auszuüben. Als Kandidaten sind aufgestellt

Müller-Lübeck und Winkelmann-Kiel

8978) Die Ortsverwaltung

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein Wismar

Voranzeige

Am 20. und 21. Juni findet der diesjährige **Gautag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold**, Gau Mecklenburg-Lübeck, in Wismar statt.

Verbunden mit diesem Gautag ist gleichzeitig die **Fahnenweihe des Ortsvereins Wismar**.

Das endgültige Programm für diese Tage wird demnächst veröffentlicht.

Wir bitten die Kameraden unseres Gaus, sowie alle Freunde unserer Sache an dieser gemeinsamen Kundgebung teilzunehmen. (9012)

Frei Heil!

Die Ortsverwaltung Wismar
I. A. Lunow.

Hohenstiege

Schönster Ausflugsort am Wald und Wasser gelegen
10 Min. von der Endstation der Linie 9
Spezialität: (8969)
Erdbeeren mit Milch u. Schlagfahne
H. Jürgensen

Gewerbegefellschaft in Lübeck

Gemeinsamer Ausflug der Mitglieder mit ihren Damen nach **Hannover und Hildesheim** vom 15. bis 18. Juni 1925 8997
Vielfachen Wünschen der Mitglieder entsprechend, wird die Anmeldefrist verlängert. Anmeldungen bis einschl. den 10. Juni bei der Firma **W. u. L. R. o. f. i. n.**, Breite Straße 28, für die Schwartauer Mitglieder bei Herrn **C. G. H. i. l. l. e. w. e. r. t. h.**, Bad Schwartau.

Lindenhof

Israelsdorf
Morgen Sonntag von nachm. 4 Uhr an:

Große Tanzfestlichkeit

bei verstärktem Orchester.
Freundlichst ein
V. Klempau. 8849

Luisenlust

Morgen Sonntag in den vorderen Räumen
Konzert
im Saal 8020
Tanzfestlichkeit

Freistaat Lübeck

Sonnabend, 6. Juni.

Wirklichteilen.

Früh um sieben kautet bei Dom
Und die guten frommen Bürger
Kaufen in den schönen Dom.
O, die sittenreinen Bürger!

Früh um sechs aber ging es
Auf der Kohlenzeche los.
Häder rasseln, Hämmer donnern,
Häute hämmern tief im Schacht.

Alles lobt die frommen Bürger,
Preist den edlen Christenfun.
Warum liegt nicht der Gedanke
Auch zu den Kohlennechten hin?

Max Dortu.

Die Rotgestempelten.

Alle Tausender auch laut Richterpruch ungültig!

Es gibt trotz Kriegs- und Inflationserfahrungen immer noch Leute, die auf ihren aufgespeicherten „rotgestempelten“ Tausendmarktscheinen aus der Zeit vor dem Kriege festhalten und immer noch die Hoffnung haben, diese Scheine müßten eines Tages zum vollen Nennwert in Gold eingewechselt werden.

Nachdem jetzt die Reichsbank sämtliche alten Banknoten außer Acht gelassen hat — am 5. Juni hatten sie auch im höchsten Maße ihre Gültigkeit als Zahlungsmittel verloren — sind die neuen Sparere von Tausendmarktscheinen doppelt enttäuscht. Einer von ihnen hat, wie wir schon berichteten, die Reichsbank bei Gericht verklagt und Aufwertung für seine aufgekauften 32 Tausender mit rotem Stempel gefordert. Das Gericht hat den Anspruch restlos abgewiesen. Der Urteilsbegründung, die viele Kreise interessieren dürfte, führt u. a. aus:

„Durch § 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 ist bestimmt: „Bis auf weiteres ist... die Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten nicht verpflichtet.“

Dieses Gesetz besteht noch. Die Ansicht des Klägers, daß nach Beendigung des Krieges und nach Abschluß des Friedensvertrages mit dem Wegfall des Zwecks der Kriegsnotbestimmung auch die Goldrückzahlungspflicht automatisch wieder in Wirksamkeit getreten sei, ist unzutreffend. Nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes ist zur Aufhebung ein Akt der Gesetzgebung erforderlich, der durch § 4 des Gesetzes dem Bundesrat übertragen ist. Dieser allein hätte also darüber zu entscheiden gehabt, ob die für den Erlaß des Gesetzes maßgebenden wirtschaftspolitischen Gründe noch fortbestehen. Weder der frühere Bundesrat noch der etwa als sein Nachfolger anzusehende Reichsrat hat diesen Aufhebungsakt bisher vorgenommen, weil, wie ohne Zweifel anzunehmen ist, schwerwiegende wirtschafts- und währungspolitische Bedenken entgegenstehen. Die weitere Geltungsdauer des Gesetzes vom 4. August 1914 ist vielmehr ausdrücklich angeordnet durch den § 52 des neuen Bankgesetzes vom 30. August 1924. Dem Ansprüche des Klägers steht aber auch § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 entgegen. Dieser bestimmt:

„Die Reichsbank ist verpflichtet, ihren gesamten bisherigen Notenumlauf aufzurufen und gegen Reichsmarknoten umzutauschen. Eine Million Mark bisheriger Ausgabe ist durch eine Reichsmark zu ersetzen. Die näheren Bestimmungen über den Aufruf und die Fristen für die Einlieferung und Kraftlosklärung der alten Noten setzt das Reichsbankdirektorium fest.“

Auf Grund dieser Gesetzesvorschrift hat die Reichsbank den Aufruf vom 5. März 1925 erlassen und im „Reichsanzeiger“ und den sonstigen gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 8 Bankgesetz und § 29 der Satzung der Reichsbank dafür bestimmten Veröffentlichungsblättern bekanntgemacht. ... Durch § 3 des Bankgesetzes ist klargestellt, daß eine endgültige Lösung sämtlicher Rechtsbeziehungen der Inhaber der bisherigen Noten zu der Reichsbank erfolgen

Zur bevorstehenden großen Zählung.

Von Dr. Hartwig, Direktor des Statistischen Landesamtes.

Am 16. Juni findet eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung statt. Sie soll neue Grundlagen für die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands schaffen. Die alten taugen nicht mehr. Die letzten Zählungen liegen nämlich bereits 15 bzw. 18 Jahre zurück und es ist augenfällig, daß sich unsere wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seitdem in einschneidender Weise geändert haben. Es handelt sich um die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit. Die Zählung ist deshalb diesmal ganz besonders wichtig.

Die Volkszählung will die Gesamtzahl der Bevölkerung ermitteln und sie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion, Muttersprache und Staatsangehörigkeit gliedern.

Die Berufszählung will die berufliche Tätigkeit (Haupt- und Nebenberuf) der einzelnen Personen ermitteln; sie bezweckt die Feststellung der erwerbstätigen und der nicht erwerbstätigen Bevölkerung, die Kennzeichnung ihrer Berufstätigkeit und sozialen Stellung sowie der Wirtschaftszweige, in denen sie ihren Beruf ausübt. Es soll also die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe festgestellt werden. Weiter will man erfahren, wie sich die Selbständigen, die Angestellten und die Arbeiter in den verschiedenen Berufszweigen zahlenmäßig zu einander verhalten.

Die Betriebszählung endlich will die Betriebe erfassen, die landwirtschaftlichen wie die gewerblichen. Die landwirtschaftliche erfragt die Größe der bewirtschafteten Flächen, die Art der Bodenbenutzung, den Viehstand, die Zahl der beschäftigten Personen und deren Stellung im Betriebe, die Verwendung von Maschinen u. dgl. Die gewerbliche hat den Grad, die Art und den inneren Aufbau der Betriebe, ihre Rechtsform, Größe, Zusammenfassung nach Teilbetrieben und Zweigniederlassungen, die Verwendung von Kraftmaschinen und -fahrzeugen festzustellen und so über die technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Klein-, Mittel- und Großbetrieb in Industrie, Handwerk und Handel Aufschluß zu erhalten.

Die Volks- und die Berufszählung wird mittels der Haushaltsliste durchgeführt, die in jede Haushaltung kommt. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden durch einen Land- und Forstwirtschaftsbogen ermittelt und zur Erhebung der Gewerbebetriebe dient ein Gewerbebogen. Beide Bögen sind an der Betriebsstätte auszufüllen.

Ein Land- und Forstwirtschaftsbogen erhält jeder, der eine, auch noch so kleine Bodenfläche selbständig bewirtschaftet, also jeder Landmann und jeder Gärtner, außerdem jeder Kleingärtner, der über 500 Quadratmeter bearbeitet, jeder Förster und jeder Küsten- und Binnenfischer, endlich jeder Tierzüchter.

Der Gewerbebogen ist von jedem auszufüllen, der Eigentümer oder Pächter oder sonstiger Leiter einer gewerb-

lichen Niederlassung (Betrieb, Geschäft, Filiale, Verkaufsstelle usw.) ist, auch wenn sie noch so klein ist und auch wenn er sie nur zeitweise und nebenbei betreibt. Unter Gewerbe versteht die Zählung:

1. Handwerk und Industrie (auch Hausgewerbe und Heimarbeit)
2. Bergwerke, Torfgräbereien.
3. Bauwesen.
4. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgewinnung und -verteilung.
5. Handel und Bankwesen (auch Sparkassen).
6. Versicherungswesen.
7. Verkehrsweisen (auch Expeditions-, Dienstmannsgeschäfte).
8. Gasthöfe, Schankwirtschaften und Pensionen.
9. Krankenhäuser, Badeanstalten.
10. Theaterwesen.
11. Hochseifscherei.
12. Kunst- und Handelsgärtnerei.

Die gewerbliche Betriebszählung umfaßt also nicht nur die Gewerbebetriebe im landläufigen Sinn, d. h. die Erwerbsbetriebe, sondern auch eine Reihe gemeinnütziger Einrichtungen.

Im allgemeinen hat jeder Gewerbetreibende einen Gewerbebogen auszufüllen. Betreibt aber jemand mehrere wesensverschiedene Gewerbebetriebe, z. B. eine Schlosserei und einen Grünwarenhandel, oder sein Geschäft an verschiedenen Stellen, so muß für jeden Gewerbebogen bzw. jedes Geschäft ein besonderer Gewerbebogen ausgefüllt werden. Bei Betrieben, die sich gegenseitig sachlich ergänzen, z. B. Schlosserei und Fahrradhandlung, genügt dagegen, sofern sie räumlich zusammen hängen und einheitlich geleitet werden, ein Gewerbebogen für alle Teilbetriebe.

Die Kunstgärtner und die Landschaftsgärtner haben (außer der Haushaltsliste) einen Landwirtschafts- und einen Gewerbebogen auszufüllen, ebenso die Landwirte, die zugleich einen Gewerbebetrieb (Molkerei, Brennerei) leiten und alle, die zugleich den Boden bewirtschaften und einen gewerblichen Betrieb haben.

Die Zählpapiere werden am 13. Juni durch Zähler ausgeteilt und von Mittag des 16. Juni an wieder eingesammelt.

Alle Angaben dürfen nur zu statistischen Zwecken verwendet werden. Die einzelne Angabe verschwindet also in einer großen Zahlenmasse. Ihre Benutzung zu anderen Zwecken, insbesondere Steuerzwecken, ist verboten. Andere Behörden als die Statistischen Ämter bekommen die Bögen überhaupt nicht zu Gesicht.

Das große Zählwerk kann nur gelingen, wenn die Fragebogen sorgsam und gewissenhaft beantwortet werden. Wer das nicht tut, verlegt seine staatsbürgerliche Pflicht und daneben auch sein eigenes wohlverdienendes Interesse sowie das des Wirtschaftsweiges dem er angehört.

solte. Dies allein entspricht auch dem Sinne und Zwecke der Vorschrift. § 3 des Bankgesetzes ist auf Grund der gemäß dem Dawes-Votanten übernommenen Verpflichtungen ergangen, um die Reichsbank auf eine festere Grundlage zwecks Erhaltung der mühsam bisher hergestellten Befestigung der Währung zu stellen und einer neuen Inflation vorzubeugen. Dazu war eine vollständige Lösung sämtlicher Verpflichtungen der Reichsbank aus den alten Noten auf dem angegebenen Wege erforderlich. Die Vorschrift wäre völlig zwecklos und unvollständig, wenn sie sich nur auf die Noten als Zahlungsmittel beschränkte und daneben die Verpflichtung aus den Noten als Schuldverschreibung bestehen ließe. Ein Unterschied zwischen Inflationsnoten und den alten, mit Ausgabedatum vor 1914 versehen-

nen Banknoten ist im Gesetze nicht gemacht worden und sollte auch nicht gemacht werden. ...

Reisepässe rechtzeitig besorgen. Das Polizeiamt schreibt uns: Für reisende Personen empfiehlt es sich besonders in der Sommerzeit, das Passbüro in den Morgenstunden (ab 8 Uhr) aufzusuchen, da mittags der Andrang größer ist. Weiter empfiehlt es sich dringend, sich die Pässe rechtzeitig und nicht gerade wenige Tage vor Beginn der großen Ferien zu besorgen. Wenn an einer gütigen Abfertigung gelegen ist und wer auch bei den Konsulaten nicht allzulange warten will, bringe seine Papiere alsbald in Ordnung.

Ferienfreunden für die Kinder der Armen.

Das Programm der sozialistischen Kinderhilfe:

Ferienwanderungen, Kinder Austausch und Kinderverpflegung.

Der Sozialdemokratische Bezirksverband für Schleswig-Holstein bittet uns um Abdruck dieses Artikels: In verschiedenen Orten unserer Provinz sind die Organisationen der Kinderfreunde, der Arbeiterturner und bürgerliche Vereine eifrig bei den Vorarbeiten für Wanderungen und Beschäftigung ihrer Kindergruppen während der diesjährigen Sommerferien. Die schönsten Veranstaltungen in den letzten Jahren haben allgemein gezeigt, daß diese Arbeit für die Erziehung unseres Nachwuchses zur körperlichen und seelischen Tüchtigkeit von größter Bedeutung ist. Was wird nun aber getan für die vielen Kinder, die von diesen Organisationen nicht erfasst werden? Sind sie vielleicht nicht so erholungsbedürftig?

Tritt für sie die öffentliche Fürsorge in ausreichendem Maße ein? Als Antwort darauf nur die Feststellung, daß die öffentlichen Einrichtungen nicht einmal ausreichen, die ungeschulte Kinder überhaupt zu erfassen, die sicher bei den nicht zu den Organisationen gehörenden Kindern in weit höherem Maße vorhanden ist. Es ist zwar gelungen, die öffentlichen Kinderhilfsinstitutionen zum Teil noch auszubauen, auch haben freie Organisationen Einrichtungen geschaffen, die der Kinderfürsorge dienen. Alle diese Maßnahmen genügen jedoch nicht den Forderungen, die im Interesse unseres Nachwuchses erhoben werden müssen, sie tragen auch z. T. den Charakter des Wohlthatenerweissens und der autoritativen Beeinflussung der Kinder, und werden daher von selbstbewussten Arbeitereltern mit Recht abgelehnt.

Hier setzt die sozialistische Kinderhilfe ein. Vor Jahrzehnten haben die Kinderhilfskommissionen diese Arbeit begonnen und in jahrelanger Tätigkeit gute Vorarbeit geleistet. Heute sind an ihre Stelle die großen Organisationen der Arbeiter-Wohlfahrt und der Kinderfreunde getreten, die mit der ganzen Kraft sozialistischen Lebenswillens an der Lösung der Wohlfahrts- und Erziehungsaufgaben unserer Zeit und damit am Aufbau der Gesellschaft arbeiten.

Für Schleswig-Holstein haben der Bezirksausschuß für Arbeiter-Wohlfahrt und die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Erziehungsorganisationen einen gemeinsamen Arbeitsplan für eine großzügige, sich zunächst in diesem Jahre noch auf unsere Provinz beschränkende Kinderhilfsarbeit geschaffen.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß körperliche Gesundheit Voraussetzung für alle wertvolle Lebensgestaltung sowohl im per-

sönlichen Dasein, als auch in der Gesellschaft ist, sind die schon seit einigen Jahren bestehenden örtlichen Einrichtungen für die

Verpflegung erholungsbedürftiger Kinder aufs Land

zu planvoller Arbeit zusammengefaßt worden. Die Provinz ist in vier Unterbezirke eingeteilt, von denen nunmehr die Werbung der Pflegestellen bei unseren Parteigenossen auf dem Lande die Auswahl der erholungsbedürftigen Kinder unserer städtischen Parteigenossen und die Verpflegung dieser Kinder in die Pflegestellen geregelt wird. Bei der wirtschaftlichen Lage unseres ländlichen Proletariats wird es wohl nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise möglich sein, ein Kind für einige Wochen bei sich aufzunehmen, ohne eine weitere Gegenleistung als das Ergebnis der Freude beim Kinde und seinen Angehörigen, das die schönste Erinnerung an die Ferienhilfe der früheren Jahre ist. Es muß daher eine Form der Kinderverpflegung geschaffen werden, die über den Rahmen dieser Erholungsfürsorge hinausgeht. Der Plan eines gegenseitigen Austausches der Kinder ist aufgetaucht und hat auch bereits feste Gestalt gefunden.

Der Kinderaustausch.

Ist in der Weise gedacht, daß Eltern, die ihren Kindern zu einer Ferienreise und einem längeren Aufenthalt in anderer Umgebung mit all den schönen Erlebnissen verhelfen wollen, ihre Kinder mit denen eines an einem anderen Ort wohnenden Genossen für einen Teil oder die ganze Dauer der Ferien austauschen, so daß außer den Reisekosten auf keiner Seite besondere Aufwendungen für Verpflegung zu machen sind. Diese Form der Erholungsfürsorge, die zugleich große erzieherische Werte in sich trägt und eine schöne Verkörperung proletarischer Solidarität ist, dürfte unsere Kinderhilfsarbeit sehr bereichern.

Für beide Formen der Kinderverpflegung hat der beim Bezirksvorstand der SPD in Kiel, Klämsche Straße 7, bestehende Arbeitsausschuß der beiden Organisationen Richtlinien herausgegeben die in nächster Zeit in einem besonderen Artikel besprochen und auch allen Ortsvereinen der Provinz zugehen werden.

Neben diesen beiden Einrichtungen werden jedoch die örtlichen Veranstaltungen von größter Bedeutung bleiben, da nur sie für die große Zahl der Kinder in Frage kommen. In Kiel wird die von den beiden schon genannten Organisationen gebildete „Kinderwohlfahrt“, sozialistische Arbeitsgemeinschaft für Kinderfürsorge, wie in den früheren Jahren Spielmittage, Wanderungen und Besuche veranstalten und ihre Arbeit, wenn möglich noch erweitern.

Die Zusammenfassung aller an der sozialistischen Wohlfahrts- und Erziehungsarbeit beteiligten und interessierten Genossen und Genossen ist unerlässliche Voraussetzung für die erfolgreiche

Gestaltung der sozialistischen Kinderhilfsarbeit. Die Solidarität ist die Grundlage unserer ganzen Arbeiterbewegung, sie ist es in besonderem Maße in der sozialistischen Kinderarbeit. Nur im Geiste der gegenseitigen Hilfe werden wir auf diesem Gebiete die Voraussetzungen für sozialistische Lebensgestaltung schaffen. Die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen die Arbeiterklasse mit erhöhter Dringlichkeit zur Bejahung auf ihre geschichtliche Aufgabe, nötigen sie zur inneren Sammlung.

Genossinnen und Genossen! Verleht die Zeichen der Zeit! Beilegt auch an der sozialistischen Kinderhilfe.

Die deutsche Wohlfahrtsgesetzgebung.

Dr. Ernst Behrend, Oberregierungsrat und Mitglied des Reichsverfassungsgerichts, und Helene Stranz-Hurwitz, Beisitzerin beim Reichsverfassungsgericht, geben in der Guttentag'schen Sammlung deutscher Reichsgesetze jetzt den zweiten Band ihrer 1923 zum erstenmal erschienenen Wohlfahrtsgesetze heraus (Behrend, Stranz-Hurwitz, „Wohlfahrtsgesetze“ II, Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1925). Der erste Band enthielt seinerzeit bereits das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Jugendgerichtsgesetz, ferner aus dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege insbesondere das Reichsverfürsorgegesetz und die Wohlfahrtsgesetze verschiedener Länder. Inzwischen war das Sparmaßnahmefahr 1924 über die Wohlfahrtspflege dahingegangen. Es hatte vor allem die Verordnung über die Fürsorgepflicht gebracht, die die allgemeine Wohlfahrtspflege materiell und organisatorisch vereinheitlichte, und eine Abänderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Dazu kamen die durch das Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes fälligen Ausführungsbestimmungen der Länder und die Reichs- und Landesausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Fürsorgepflicht. Die Verfasser haben diese neuen Verordnungen und Gesetze, das Reichsverfürsorgegesetz in seiner neuen Gestalt, die Änderungen der Gesetze für die Kriegsoffer und die neuen Hausarbeitsgesetze übersichtlich zusammengefaßt, die Änderungen der jüngeren Zeit sorgfältig registriert und eine eingehende Liste der über die einzelnen Gebiete erschienenen Literatur einschließt, der in Fachzeitschriften veröffentlichten Aufsätze beigegeben.

Die beiden Bände sind für alle, die sich praktisch und theoretisch mit der Wohlfahrtspflege befassen, klar, zuverlässige, umfassende und handliche Nachschlagewerke. Das kann besonders auch vom zweiten Band allein für diejenigen gesagt werden, die sich das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz geordnet verschaffen. Beide Bände können deshalb auch Lehrern und Schülern von Ausbildungskursen in der Wohlfahrtspflege nur empfohlen werden.

Hedwig Wachenheim.

Bürgerchaftsvorlagen.

Pflasterung der Kahlhorststraße u. w. d. a.

Die Bürgerchaft hatte h. an den Senat das Ersuchen ge- richtet, baldigst die Kahlhorststraße von dem Kinderhospital bis zur Elmwigstraße mit Belichtung versehen und in verkehrsmög- lichen Zustand setzen zu lassen.

Zur Verbesserung der Umfahrscheinungen im Hafen. wird die Aufstellung zweier 5-Tons-Greifkräne am Konstantplatz und der Umbau des 4-Tons-Krans am Behnplatz beantragt.

Das Hallenschwimmbad. — Der Beschluß des Ausschusses.

Der Ausschuß zur Prüfung der Frage der Erbauung eines Hallenschwimmbades beantragt einstimmig folgendes Ersuchen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, ihr baldigst einen Plan über die Erbauung eines eventl. mit Bädern usw. versehenen Schwimmhallbades auf dem Hofstienortplatz rechts Ko- ppenanstraße und Rentkassensberechnung vorzulegen und in den nächstjährigen Haushaltsplan eine solche Summe einzulassen, daß im Frühjahr 1926 mit dem Bau begonnen werden kann.

Der Ausschuß ersucht die Bürgerchaft, ihn mit der weiteren Beratung der Angelegenheit zu beauftragen.

Schulgeld. Der dritte Teilbetrag des Schulgeldes für das 1. Vierteljahr des Schuljahres 1925/26 (Monat Juni) wird vom 10.—12. Juni d. J. in der üblichen Weise in den Schulen ein- gesogen werden.

Erfolg eines Lübecker Flugzeuges beim Deutschen Rundflug. Man schreibt uns: Das Flugzeug des hiesigen Flugtechnischen Vereins „Hans Unverferer“ ist am Freitag abend 7 Uhr von der dritten Schleife des Wettbewerbs kommend, in Berlin auf dem Startplatz wieder pünktlich eingetroffen.

Was sind „Stiefkinder“?

Sowohl das bürgerliche Recht als auch das Strafrecht kennen den Begriff „Stiefkinder“ nicht. Im Volksmund gelten allgemein als Stiefkinder eines Ehegatten die in die Ehe eingebrachten Kinder des andern Ehegatten.

Es handelt sich in der Sache um folgendes: Einem Kriegs- beschädigten war von seiner Ehefrau ein Kind geboren worden, dessen Vaterschaft er im Klagewege mit Erfolg angefochten hatte.

Das Reichsverversicherungsgericht trat dieser Rechtsauffassung bei. Es führte in der Begründung u. a. aus: Mangels anderer Unterlagen ist der Senat... bei seiner Entscheidung von dem Sinn der Vorschrift und dem Sprachgebrauch ausgegangen und dabei zu der Auffassung gelangt, daß letzterer unter Stiefkindern eines Ehegatten nur die in die Ehe eingebrachten Kinder des andern Ehegatten versteht.

Dem Fürsorgegedanken, der das Reichsverversicherungsge- setz beherrscht, entspricht es, daß durch die in den genannten Paragraphen des Reichsverversicherungsge- setzes erfolgte Gleichstellung mit ehelichen Kindern... nur solche Kinder getroffen werden sollten, bei denen kraft Gesetzes oder wenigstens mit Willen des Beschädigten vor oder während der Ehe Beziehungen fürsorgerischer Art zu ihm bestanden haben.

Zum Schluß hat in komischen Sinne weiter ausgepöppeltem Begründung gibt das Reichsverversicherungsgericht dann noch der Auffassung Raum, daß im Grunde, nämlich wenn der Beschädigte später andern Sinnes geworden sein und sich des Ehe- beschädigten angenommen haben sollte, ausserdem eine Ver- sicherung als „Stiefkind“ in Betracht käme.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Ein bewährter Bekämpfer. Der Verein Lübecker Gold- und Silberarbeiten sowie die Vereinigung Lübecker Uhrmacher haben beschlossen, während der Monate Juni, Juli und August den Markt-Ladenläden wieder einzuführen.

Geschäftsbericht des Einigungsamtes.

1. Mieteinigungsamt.

Beim Rückblick auf das verstrichene Geschäftsjahr (1. 4. 24 bis 31. 3. 25) ist eine erfreuliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn auch noch keine Binderung der Wohn- not festzustellen. Immerhin hat sie nicht mehr wesent- lich angenommen; bezüglich einzelner möblierter Zimmer ist bereits eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen.

Die Aufgaben des Mieteinigungsamtes waren im Berichtsjahre dieselben wie im Vorjahre. Hatte damals die Geldentwertung einen entscheidenden Einfluß auf die Mietebenenung ausgeübt, so war nach Festlegung der Währung im Berichtsjahr die Steuereinstellung bedenklich für die Mietzinsbildung.

Zum 1. Januar 1925 konnte mit einem vorsichtigen Abbau der Zwangswirtschaft für Gebäude und Gebäude- teile begonnen werden. Das Nähere hierüber ergibt sich aus den Senatsverordnungen vom 30. September 1924 — Nr. 131 — 132 der Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen — Die vorher gehörigen Interessentenvertretungen hatten den Ab- bau in dem vorgesehenen Umfange befristet.

Obwohl in den vorausgegangenen beiden Jahren zahlreiche Anträge auf Festsetzung der Friedensmiete erledigt worden waren, wurden in dem Berichtsjahre noch 541 (im Vorjahre 616) neue Anträge auf Festsetzung der Friedensmiete auf Grund des Reichsmietengesetzes gestellt. In 518 Fällen wurden Anträge auf Ausübung einer vermittelnden Tätigkeit in Miet- streitigkeiten gestellt. In 112 Fällen (18) hatte das Mieteinigungsamt bei der Durchführung von Wohnungstauschen mitzuwirken. Auf Grund des § 16 des Mieterschuldengesetzes hatte das Mieteinigungsamt in 47 Fällen (16) über die Einmündung anwe- sendener Erbschaften zu befinden. In 104 Fällen (261) wurde Beschwerde gegen Verfügungen des Wohnungsamtes beim Mieteinigungsamt erhoben. Das Wohnungsamt stellte 34 Anträge auf Festsetzung von Zwangsmietverträgen (41). Zur münd- lichen Verhandlung kamen rund 600 Sachen.

Von den Beschwerden gegen Verfügungen des Wohnungsamtes wurden vier zurückgezogen, 32 verworfen und 25 durch Stattgabe der Beschwerde erledigt. In 24 Fällen nahm das Wohnungsamt die Verfügung zurück. In 9 Fällen wurde die Verfügung durch Beschluß des Mieteinigungsamtes abgeändert. 10 Sachen fanden im Vergleichswege ihre Erledi- gung, 2 Sachen waren am Schluß des Berichtsjahres noch un- erledigt.

Von den beantragten 34 Zwangsmietverträgen wurden 12 durch Entscheidung festgesetzt, 11 abgelehnt. In 6 Fällen konnte ein Vergleich zwischen den Parteien herbeigeführt werden. 5 Anträge auf Festsetzung von Zwangsmietverträgen wurden vom Wohnungsamt zurückgezogen.

In 20 Fällen wurde Rechtsbeschwerde an die erste Zivilkammer des Landgerichtes Lübeck gegen Entscheidungen des Mieteinigungsamtes eingelegt. 16 Beschwerden wurden zurück- gewiesen, in 2 Fällen wurde die Sache zur erneuten Verhandlung an das Mieteinigungsamt zurückverwiesen. Eine Entscheidung wurde aufgehoben, eine abgeändert.

auf dem Wege des volksbildenden Films und die allgemeine Ten- denz der Körperkultur, der er dient, ist unbedingt zu bejahen. Schön ist auch, daß hier unbedeutende Menschen in ehler Bewegung gezeigt werden, wenngleich die Reklame, die diesen Teil des Films auszu- drücklich zeigt, erheblich weniger schön und ganz gewiß nicht im Sinne der mitwirkenden Körperkulturschulen ist.

Trotzdem können wir nicht in die allgemeine Begeisterung einstimmen. So wertvoll das Werk als erster Schritt ist, so viel Mängel haften ihm doch noch an. Vor allem der Grundfehler aller Kinos, Hehe, Abwechslung, Zerstreung. Es ist ungeheuer viel, was da gezeigt wird, ungefähr alle modernen Körper- kulturschulen, Tänzerinnen jeder Art, altgriechi- sche Gymnastik und römische Damenschönheits- pflege, Baldwin auf dem Tennisplatz, Lloyd George beim Golfspiel, Freddie Bansee, Mussolini auf dem Hottehl (übrigens ein nach den Begriffen deutscher Reittunft plump brutaler Reiter), Jiu-Jitsu, Kegeltänze, alte Germanen, Urteil des Paris in historischer Kostümierung und noch eine Masse anderes.

Die Körperkultur aller Zeiten soll ja nur die Vorstufe sein zu ihrer höchsten Vollendung, und die ist — wer könnte noch zweifeln? — der preußische Kasernenhof. Und damit jeder weiß, wie's gemeint ist, läßt man schnell noch ein paar Kom- pagrien Parademarsch kloppen, Musik dazu: Fredericus rex, dann Johans Schären mit schwarzweißroten (!) Fahnen (wo war denn da der Historiker, der das römische Frauen- bad so jabelhaft „echt“ aufbaute?) na und wer nun noch nichts merkt, der merkt wohl nie etwas.

Wieder muß es klar: Der kapitalistische Film ist ein noch viel gefährlicheres Mittel der Volksverblöndung als die kapitali- stische Presse. Denn der können wir doch unsere Presse ent- gegengehen. Wann aber wird das erste sozialistische Filmunter- nehmen in Deutschland entstehen? — (Die „Schmiede“ war doch auch nur ein willkommener Versuch.) Solange wir aber keines haben, müssen wir halt aus dem, was geboten wird, das Wert- volle herausziehen. Und Reinwalds enthält auch dieser Film; man muß es nur aus dem Ganzen herauszufinden wissen. Jeder sportlich Interessierte wird es finden und mannigfache Anregung daraus schöpfen. Nur muß man sich darüber klar sein, daß der Film trotz seiner scheinbaren Bellenheit in seiner letzten Ten- denz einseitig und bewußt einseitig ist. Schade... S.

Die Sprechstunde des Mieteinigungsamtes war fortlaufend gut besucht.

Auf Grund der Gebührenordnung vom 6. Oktober 1923 wurden insgesamt 16 192,05 M. Kosten berechnet. Davon gingen ein 13 011,25. In Abgang gestellt werden mußten ins- gesamt Unpfändbarkeit bzw. Niederzahlung 1042,70 M. Rund 2100 M. wurden auf das neue Rechnungsjahr vorgetragen.

Das Personal des Einigungsamtes bestand am Schluß des Berichtsjahres aus einem hauptamtlichen Vorsitzenden, der in der Hauptsache andere Dienstgeschäfte zu erledigen hat, einem Sekretär, einem Kanzleihilfen, 3 Bureauehilfen und einem Ermittlungsbeamten.

2. Kleingartenstriedsgericht.

Das Kleingartenstriedsgericht hatte sich mit 30 Anträgen betr. die Kündigung bzw. Verlängerung von Kleingartenpach- tverträgen zu befassen. Zur Erledigung der zur Verhandlung ge- stellten Fälle waren sieben Sitzungen erforderlich, die zum Teil im Anschluß an die Sitzungen des Mieteinigungsamtes statt- fanden.

3. Pachtstriedsamt.

Das Pachtstriedsamt wurde in 223 Fällen angerufen. 218 Anträge bezogen sich auf gärtnerische und landwirtschaftliche Grundstücke, 4 Anträge betrafen Jagdpächten, 1 Antrag ent- sprach einem Fischereipachtvertrage. In fast allen Fällen han- delte es sich um eine anderweitige Festsetzung der Vertragsleistungen. Nur wenige Verfahren hatten die Kündigung bzw. die Fortsetzung von Pachtverträgen zum Ge- genstand.

Während in den vorhergegangenen Geschäftsjahren mit Rück- sicht auf die Geldentwertung das Bestreben nach Erlangung einer Naturalwertpacht vorherrschte, gingen nach Stabilisierung der Währung die Anträge in der Hauptsache auf Umwandlung der Naturalpächten in Goldmark- bzw. Reichsmarkpacht zu- meist wurden diese Anträge von Verpächterseite gestellt. Die Mehrzahl aller Sachen konnte im Vergleichswege, ohne Termin erledigt werden. 70 Sachen mußten zur Verhandlung gestellt werden. Sie wurden in 14 Sitzungen und 3 Lokalterminen er- ledigt.

Von dem Rechtsmittel der Beschwerde wurde in 11 Fällen Gebrauch gemacht. Die Rechtsmittelstelle wies 3 Beschwerden zurück, hob 2 Entscheidungen auf und änderte 4 Entscheidungen ab. 1 Rechtsbeschwerde wurde zurückgezogen, in einem Falle wurde vor der Beschwerdeinstanz ein Vergleich geschlossen.

Aus der Aufhebung des Pachtstriedes für Verträge, die nach dem 1. März 1924 neu abgeschlossen worden sind, haben sich Un- zureichlichkeiten im hiesigen Bezirk nicht ergeben. Bestrebungen, die die völlige Aufhebung des Pachtstriedes zum Ziele haben, sind im Gange. Nach den Erfahrungen des Pachtstriedsamtes würde jedoch die Verwirklichung dieses Zieles, soweit die vor dem 1. März 1924 abgeschlossenen Verträge in Frage kommen, im gegenwärtigen Zeitpunkt in manchen Fällen schwere Schä- den nicht nur für die Pächter, sondern auch für Verpächter zur Folge haben. Insbesondere würden zahlreiche Prozesse die Folge der verfrühten Aufhebung des Pachtstriedes sein, die durch die Tätigkeit des Pachtstriedsamtes zu vermeiden sein würden.

Die vom Pachtstriedsamt auf Grund der üblichen Aus- führungsvorordnung berechneten Kosten belaufen sich auf 1885,98 Mark. Für Sachverständigengebühren und dergleichen mußten 475,20 M. in Abgang gestellt werden. 1293,08 M. gingen ein, die restlichen 117,70 M. wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Bureauehilfen des Kleingartenstriedsgerichts und des Pachtstriedsamtes wurden durch das Personal die Mieteinigungsamtes mit erledigt.

Der Stand der Erwerbslosen.

Am 3. Juni belief sich die Zahl der Erwerbslosen am Orte auf 1320. (Borwoche 1344.)

Table with 2 columns: Occupation and Number. Includes categories like Landwirtschaft, Metallgewerbe, Holzgewerbe, etc.

* 314 Bewerbungen liegen vor.



Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Sekretariat Johannisstr. 43 I. Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

8. Diffe. 42. Bez. Dienstag, d. 9. 6. abends 8 Uhr bei Diedrichsen, Krempeisdorfer Allee, Versammlung der tätigen Genossen.

Moisling. Sonnabendabend 8 Uhr: Mitgliederver- sammlung. Genosse J. John spricht über „Gemeinwirts- schaft“. Keiner darf fehlen.

Schlutup. Mittwoch, d. 10. d. M. abends 8 Uhr bei Sa- borowski Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Frost.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Sozialistische Arbeiterjugend. Abt. Stadt. Sonntag, den 7. Juni Nachmittagswanderung. Treffpunkt 2 Uhr Heim König- strasse.

Achtung, Jungsozialisten! Am Dienstag abend spricht Karl Ahrecht über das Thema: „Jüngste Arbeiterbewe- gung“. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen. Beginn des Vortrags 8 Uhr im Heim, Schule Langer-Lohberg. Der Vortr.

Rüdnh. Wir treffen uns Sonntag um 2 Uhr (Schule) zu einer Wanderung ins Blaue. Badezeug mitnehmen. — Die Kindergruppe trifft sich gleichfalls um 2 Uhr (Schule). A. I.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 43 II. Sprechstunde von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Achtung! Der Abmarsch nach Stodsdorf findet am Sonn- tag mittags 12 1/2 Uhr von der Fadenburger Allee, Ecke Waisen- allee statt. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung, Spielleute! Antreten zum Abmarsch nach Stodsdorf am Sonntag, dem 7. Juni, 12 Uhr (Gewerkschaftshaus). Daniel.

1. Abteilung. Antreten Sonntag mittags 11 1/2 Uhr Marien- kirchhof.

Filmshow.

Siebzehner-Schiffspiele: „Wege zur Kraft und Schönheit“.

Dieser Film ist, wie kein anderer, von beinahe der ge- samten Presse mit ungeheurer Jubel begrüßt und auch hier be- zugs vom höchsten Urnament warm empfohlen worden. Und er hat in der Tat Bedeutung als ein erster und wichtiger Schritt

2. Abteilung. Antreten zur Fahnenweihe in Stodelsdorf: Sonntag, den 7. 6. 25, 12 Uhr mittags untere Johannisstraße. Erscheinen Pflicht.

Jugendabteilung. Sonnabend beteiligen wir uns an dem Fackelzug des Trommler- und Pfeiferkorps des A.L.B. Schlußup. Sammeln 7 1/2 Uhr Burgfeld.

Jugendabteilung. Sonntag sammeln wir uns zum Abmarsch nach Stodelsdorf am Bahnhof beim Ketteich pünktlich 12 1/2 Uhr.

Achtung, Kameraden! Reichsbannermützen, Mützen abzeichen, Bundesnadeln und andere republikanische Abzeichen sind nur bei dem Kameraden Ziehe, Weimstraße 9, zu haben. Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streik der Steinarbeiter und Schleifer ist mit Erfolg beendet. Der Vorstand.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände des A.D.G.B. Am Dienstag, dem 9. d. M., abends 7 1/2 Uhr findet eine Volkversammlung der Vorstände des A.D.G.B., Ortsauschuß Lübeck, statt. Wir bitten, diesen Tag von anderen Veranstaltungen freizuhalten. Der Vorstand des A.D.G.B. Dregger.

Metallarbeiter-Jugend. Am Freitag, dem 5. Juni, findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt. Das Geld für die Musikinstrumente ist an den Kollegen Schmalfeld abzuführen. Da wichtige Punkte zur Beratung stehen, bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Die Jugend-Deitung.

Achtung, Maurer (Feuerungsmaurer) Ueber die Differenzen auf der Plattenfabrik Willero u. Boch ist wegen Lohn-differenzen die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten. Der Vorstand.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaft der Firma Miller & Koch-Dänischburg ist wegen Lohn-differenzen in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten. Verband der Fabrikarbeiter.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Musikspielplan des Stadttheaters Lübeck. Sonntag, 12 Uhr: Einführungsvortrag zum 10. Volkstümlichen Konzert. 7.30 Uhr: Carmen. — Montag: 10. Volkstümliches Konzert. — Dienstag: Im weißen Röhl. 40. Vorst. im Dienstagab. — Mittwoch: Die Hand. Die Verlobung bei der Laterne. Das Versprechen hinter Herd. 40. Vorst. im Mittwochab. — Donnerstag: Figaros Hochzeit. — Freitag: Im weißen Röhl. — Sonnabend: Figaros Hochzeit. — Sonntag: Aida. — Schluß der Spielzeit!

Stadttheater. Sonntag mittag 12 Uhr hält Herr General-musikdirektor Mannhaed den Einführungsvortrag zum 10. und letzten Volkstümlichen Konzert, welches am Montag zum Vortrag kommt. Aus dem Programm sind besonders hervorzuheben: Franz Liszt: 2 Synphonische Dichtungen: „Orpheus“ und „Hunnerschlag“, Rich. Strauß: „Tod und Verklärung“, Richard Wagner: „Meistersinger-Vorspiel“. — Dienstag erste dies-jährige Aufführung von „Das weiße Röhl“, Lustspiel in drei Akten von Blumenthal-Kadelburg.

Sankttheater. Die Operette „Das Weib im Purpur“ wird nur noch bis einschließlich Mittwoch, den 10. Juni, gegeben. Die Abonnenten der Lichtspiel-Volkshöhne werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Abonnementskarten auch während der Sommerspielzeit Gültigkeiten behalten. Für „Das Weib im Purpur“ gilt Von 16.

Stadthallen-Vorstellungen. Heute und folgende Tage gefant der große Kulturfilm der Ufa: Wege zu Kraft und Schönheit, ein Film über moderne Körperkultur, in 6 Akten auf dem Spielplan. Als 2. Film die satirische Wasserparodie Der beherrschte Neptun. Ferner Felix der Kater in seinem neuesten Streich: Felix als Kinderfräulein. Zum Schluß die Welle Wochenschau mit ihren neuesten Tagesereignissen. Jugendliche haben zu den Nachmittagsvorstellungen zu halben Preisen Zutritt.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Cutin. Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Cutin. Am 14. Juni feiert Cutins organisierte Arbeiterschaft ihr diesjähriges Gewerkschaftsfest mit folgendem Programm: Ab 1 Uhr: Umzug und Ansprache des Reichstagsabg. W. Dittmann-Berlin. Anschließend Fest-feier auf dem Volksspielplatz. Dortselbst für Erwachsene und besonders für Kinder allerlei Ueberraschungen und Unterhaltun-gen. Von 8 Uhr ab Ball auf 3 Sälen. Sämtliche Gewerkschaften der Umgebung sind zu dieser Veranstaltung freundlichst ein-geladen. Der Festausschuß.

Mecklenburg

P. Grevesmühlen. Auf dem Gute Schmachhagen an der Chaussee Grevesmühlen-Lübeck brach am Mittwoch 10 Uhr nachts Feuer aus. Es brannte eine Scheune mit Strohvorrä-ten, künstlichem Dünger und landwirtschaftlichen Maschinen nieder. — Das Gut Schmachhagen war im Kapp-Wittich ein wich-tiger Stützpunkt der Reaktionäre, die von hier aus die Straße beherrschten. Später wurde das Gut die Bruststätte der Faken-kreuzler und Stahlhelmer.

P. Grevesmühlen. Schwarz-weiß-rote Streif-brecher. Die Grevesmühlener Firma Callies, die hohe Inflationsgewinne gemacht hat und große Reichthümer im In- und Ausland besitzt und deren Festbänette zu Ehren dieser oder jener Familienmitglieder mehr verschlingen, als ein Arbeiter in Jahren verdient, hat für die Arbeiter absolut nichts übrig. Während sämtliche Sägereien Mecklenburgs ein neues Lohn-abkommen mit 52 Pfg. Stundenlohn und 48-Stunden-Woche ab-schlossen, ist es Callies gelungen, mit Hilfe des Stahlhelms und des Komunisten vom Hochofenwerk, Hannes Möller, den 10-Stunden-Tag und einen Lohnruck herbeizuführen. Mit Hilfe dieser Stützen differt sie die Lohn- und Arbeitsbedingun-gen nach Gutdünken und ignoriert die tariflichen Abmachungen. Die Schwarz-Weiß-Roten und die Feuerroten sind nichts anderes als gelbe Streifbrecher.

Sanktstädte

Bremen. Fakenkreuzlerisches Rowdytum. Nach ist der Fakenkreuzlerflanz im Stadttheater nicht verflungen

und der Ueberfall des greisen Schauspielers Donath noch in aller Munde, da leisteten sich die Fakenkreuzler eine neue Ge-meinheit. Als Pastor Genosse Felden mit seiner Familie im Ratsteller sah, trat ein Hümmel an ihn heran und sagte im frechen Ton: „Herr Pastor! Ich bedauere, daß Sie mich konfirmiert haben!“ Als Genosse Felden den Burtschen ob dieser Frechheit anschaute, setzte dieser hinzu: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie man ihn kennt!“ Dann marschirten die Flegel im Jungmannschritt hinaus. Eine Stunde später lag die Familie im Bett. Raum war das elektrische Licht ausgeschaltet, flog ein faulstücker Stein durch die Fenster-scheibe, die in Scherben ging. Die Helben rissen nach dieser Tat selbstverständlich aus. — Und diese Burtschen sollen Deutschland aufbauen? Wir möchten das Geschrei der Lübedischen Anzeigen und des General-Anzeigers hören, wenn es sich nicht um deren Günstlinge handelte. So er-fahren ihre Leser natürlich nichts davon, wie sich die vaterländi-sche Erziehung auswirkt. Und da wundert man sich, wenn solche Leusubben einmal eine Tracht Prügel bekommen?

Wermüthliche Nachrichten

Aus der guten Gesellschaft. Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich in geheimer Verhandlung der praktische Arzt und Chirurg Dr. Walter Gündel, Inhaber einer Privatklinik in Dresden, wegen vollendeter Not-zucht in zwei Fällen und Notzuchtversuch in einem Falle zu verantworten. Das Gericht verurtheilte Dr. Gündel wegen vollendeter und versuchter Notzucht in je einem Falle zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. In einem Falle wurde er mangels genügender Beweise freigesprochen. In der öffentlichen Urteilsbegründung erklärte das Gericht: Die Beweisaufnahme habe ein ungemein trübes Bild, ja einen Sit-tenskandal schlimmster Art enthüllt und erwiesen, daß Dr. Gündel ein Schädling schlimmster Sorte sei. Er habe sich an seinen Kranken schwelgen vergriffen, ganz gleich ob sie jung oder alt waren und auch an verheiratete Patientinnen. Die Einzelheiten entziehen sich der Wiedergabe. Mit Rücksicht auf das ungläubliche Treiben des Angeklagten seien ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden.

Mord bei Kolberg. In den Dünen östlich der Waldenfeld-Schanze bei Kolberg wurde die 23jährige Ruth Dieste, die am Abend vorher noch an einer Chororgelveranstaltung der Christ-lichen Gemeinschaft teilgenommen hatte, mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Anscheinend liegt ein Lustmord vor. Von dem Täter fehlt bisher noch jede Spur.

Furchtbare Wirkung der Diphtherie. Neuyork steht nun schon den vierten Tag unter dem Eindruck einer der stärksten Epidemien, die Amerika jemals betroffen hat. Die Zahl der Todesopfer in allen Staaten ist nunmehr auf 88 gestiegen. Davon sind allein in Neuyork 18 Opfer zu verzeichnen. Die furchtbare Dige hat bei einigen Verlorenen Diphtherie, und unter Einfluß derselben erguenvolle Verbrechen zur Folge gehabt. In Pittsbrough und anderen Städten sind die Schulen geschlossen.

Die Hilfsexpedition für Amundsen.

Die norwegische Regierung entsendet eine Expedition aus Marineoffizieren nach Spitzbergen, deren Chef Leutnant Lihow-Holm sein wird. Die Monoplane F. 14 und F. 22 werden in Ordnung gestellt und auf dem kleinen Dampfer Inga III verladen. Auch die französische Marine entsendet das Schiff Pourquois Pas mit dem Polarforscher Dr. Charcot. Die dritte Expedition wird von Amerika ausgerüstet und von Drac Millan geleitet. Die Rollen der drei Expeditionen sind so verteilt. Die norwegischen Flieger werden nördlich von Spitz-bergen im Eislande Patrouillenflüge unternehmen. Charcot wird die Östküste von Grönland abfluchen, und Mac Millan wird von Kap Kolumbia nach Etah vordringen.

Die geplante Luftschiff-Hilfsexpedition für Amundsen hat sich als undurchführbar erwiesen. Die Expe-dition des Polarforschers Agasson soll nunmehr so schnell als möglich mit einem besonders konstruierten Flugzeug ausgerüstet werden, mit dem man bis zum 82. Breitengrad vorzubringen hofft. In der norwegischen Luftschiffahrtsgesellschaft finden unter Zuziehung bekannter Nordpolkenner dauernd Besprechungen statt über Hilfsexpeditionen. Die Nachforschungen sollen unter Zugrundelegung der verschiedenen Möglichkeiten des Schiffsals Amundsens auf verschiedenen Wegen durchgeführt werden.

Der deutsche Rundflug.

Die dritte Schleife.

Die dritte Etappe führte von Berlin über Dessau, Erfurt, Würzburg, Stuttgart, Bamberg, Halle, Berlin. Den Teilneh-mern stand es frei, von Würzburg über Karlsruhe nach Stutt-gart zu fliegen. Die Linie verlängert sich dadurch um 82 Kilo-meter, so das die Gesamtstrecke 1140 Kilometer beträgt. Es waren bis zum Morgen des zweiten Tages der dritten Schleife von 37 gestarteten Maschinen 19 zurückgekehrt.

Zu Ungemütern Unfall wird gemeldet, daß es sich um einen leichten Fußknöchelbruch handelt. Der Unfall passierte infolge Stehenbleibens des Motors.

Dr. THOMPSON'S TOILET SOAP
SCHUTZMARKE
WASCHMITTEL
Dr. Thompson's Toilet Soap
Garantiert unschädlich

Bis 7 Uhr abends waren noch folgende Flugzeuge zurückge-kehrt: 681 Udet auf Udet (30:39) und 661 Kern auf Udet (20:12). Bis dahin waren also insgesamt 25 Flugzeuge von 44 Be-weisern, die am ersten und zweiten Tag zur dritten Schleife gestartet oder von einer Stappentation der zweiten Schleife auf diese übergegangen waren, in Berlin eingetroffen. Heute, Sonn-abend, früh begann der Start zur vierten (vorletzten) Schleife, die über Naumburg, Nürnberg, Augsburg nach München und von dort über Leipzig nach Berlin zurückführt.

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportred. Max Farnschel, Br. Gröbelstraße 32, n. H. an die Redaktion des Lübeder Volksboten zu richten.

Leuzisten-Verein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Lübed, 7. 6.: Hüttenfahrt, Abf. 6.00 Geibelplatz, Rückf. 5. Feig. 8. 6.: Vorstandssitzung beim Gen. Leß. 10. 6.: Mitgliederversamm-lung im Gewerkschaftshaus. 14. 6 bis 20. 6.: Beteiligung an der Reichsarbeiter-Sportwoche. F. M.

Arbeiter-Sport-Kartell. Komitee-Sitzung sämtlicher Komitee-mitglieder der einzelnen Vereine für die Reichs-Arbeiter-Sport-woche am Montag, dem 8. Juni, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim, Sundeßtr. 41. Alle Komitee-Mitglieder müssen er-scheinen. F. M.: F. Wrikel.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Vorhersage für den 6. und 7. Juni 1925.

Schwache Winde aus meist nördlichen Richtungen, vielfach hel-ter, ziemlich warm, trocken, jedoch Gewitter nicht ausgeschlossen.

Schiffsnachrichten

Angemommene Schiffe.

5. Juni.
Deutsch. D. Bürgermeister Lafranz, Kapl. Hammer, von Burg mit 30 Passag. und Stück. in 4 1/2 Std. Schwed. D. Neolus, Kapl. Räderström, von Stockholm mit 23 Passag. und Stück. in 2 Tg. Schwed. S. Viola, Kapl. Johansson, von Korsör leer in 2 Tg. Schwed. S. Habet, Kapl. Knudsen, von Karlskamm mit 1 Steine in 2 Tg. Deutsch. S. Grato, Kapl. Röhke, von Nyd-bing leer in 1 Tg.

6. Juni.
Deutsch. S. Lone, Kapl. Lomwider, von Raumo mit Holz in 6 Tg. Deutsch. D. Glenu, Kapl. Giele, von Neufahrwasser mit Schwelmen in 2 1/2 Tg. Deutsch. Motorisch. Pelzerhaken, Kapl. Schläpke, von Neustadt mit Stück. in 2 Std. Schwed. S. Energa, Kapl. Johansson, von Nyd-bingshamm, leer in 2 Tg.



Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 895 Meter

Sonntag, 7. Juni.

7.25 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk, landwirtschaftl. Melbungen. — 8.00 Uhr vorm.: Die letzten Rundfunksendungen. — Wochenschau — 8.30 Uhr vorm.: Wirtschaftliche Nachrichten. — 7.35 Uhr vorm.: Dr. Junz Briefkasten. — 11.30 Uhr vorm.: Rundfunkbericht des Hamburgischen Staates. — 12.15 Uhr nachm.: Schachklub. — 1.15 Uhr nachm.: Rundfunkklub. — 1.30 Uhr nachm.: Gannover. — 1.45 Uhr nachm.: Unterhaltungsprogramm des Gannover-orchesters der Gannover. — 2.30 Uhr nachm.: Schachklub für Gannover. — 3.15 Uhr nachm.: Gannover. — 4.30 Uhr nachm.: Aus dem Ausland kommt: der Bremer Vortag. — 6.00 Uhr abends: Die lachende Welt. — 7.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule für Volkshilfsarbeit. — 7.35 Uhr abends: Sportwettbewerb. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8.00 Uhr abends: Musikalischer Quartett. — 10.00 Uhr abends: Sportbericht. — Langfunk.

Montag, 8. Juni.

5.45 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 5.50 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm.: Landwirtschafliche Melbungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmelbungen. — 12.15 Uhr nachm.: Rundfunkbericht der Vortag. — 12.35 Uhr nachm.: Gannover. — 1.10 Uhr nachm.: Schachklub. — 2.00 Uhr nachm.: Bremer Wetter-bericht. — 2.35 Uhr nachm.: Gannover. — 2.45 Uhr nachm.: Rundfunkklub. — 3.40 Uhr nachm.: Rundfunkbericht der Vortag. — 4.30 Uhr nachm.: Die Schachklub in Gannover. — 4.35 Uhr nachm.: Gannover. — 5.15 Uhr nachm.: Gannover. — 5.30 Uhr abends: Gannover. — 7.00 Uhr abends: Gannover. — 7.35 Uhr abends: Gannover. — 7.55 Uhr abends: Gannover. — 8.00 Uhr abends: Musikalischer Quartett. — 10.00 Uhr abends: Sportbericht. — Langfunk.

Der Deutsche Rundflug
Abonnementsbestellung durch jeden Zeitsträger
Prebenummern kostenlos vom Verlag, Berlin S 42

Komet-Fradraul
gehört in jedes Fahrrad!
ES GIBT KEINEN BESSEREN

Rauchet
Sorgenbrecher
ein gesunder vorzüglicher Rauchtobak
von Heint. Jos. Du Mont, Köln a./Rh.

Verantwortlich: Für Inhalt u. Vollständigkeit: Dr. Fritz Schmitz, für Preisnachrichtungen: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Buchardt. Verleger: Carl Buchardt, Druck: Friedr. Neuber & Co. Sämtlich in Lübed.

Süßspeisen

sind wohl in jeder Familie beliebt und auch Sie werden gern und oft Ihre Angehörigen nach Tisch mit einer kalten oder warmen Süßspeise erquicken. Nichts ist bekömmlicher und feinschmeckender als eine Süßspeise, die mit dem feinen, ausgiebigen Mondamin zubereitet ist. Süßspeisen sind aber nicht nur Leckerei, sondern wenn sie mit Mondamin bereitet sind, ein wertvolles Nahrungsmittel, das auch von unseren Kleinen gern gegessen und vor allem gut vertragen wird. Die Packungen tragen in untenstehender Blockschrift die Bezeichnung

MONDAMIN

Persil bleibt Persil

Dies Wort, aus Hausfrauenmund geprägt,
zeugt von der unerschütterlichen Beliebtheit des einzigartigen Waschmittels.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

Der 3. Teilbetrag des Schulgeldes für das 1. Vierteljahr des Schuljahres 1925/26 (Monat Juni) wird in den Schulen wie folgt eingezogen werden:

- Mittwoch, den 10. Juni 1925:**
Katharinen-, Erntedank-, Lyzeum a. S., III. Mädchen-Mittelschule.
- Donnerstag, den 11. Juni 1925:**
Johannena-, v. Großheimische Realschule, I. Knaben-Mittelschule.
- Freitag, den 12. Juni 1925:**
Oberrealschule zum Dom, I. Mädchen-Mittelschule.
- Sonntag, den 13. Juni 1925:**
St. Lorenz-Knaben- und Mädchen-Mittelschule.
- Freitag, den 5. Juni 1925**
8996) Die Oberschulbehörde.

Bekanntmachung

Diejenigen Gräber, für welche die Bepflanzungsgebühr für 1925 noch nicht entrichtet ist, werden bei der jetzt beginnenden zweiten Bepflanzung nicht berücksichtigt werden, wenn nicht innerhalb einer Woche Zahlung bei der Stadtkasse erfolgt. Rückstände für die erste Bepflanzung werden besonders behandelt.

Lübeck, den 4. Juni 1925. Die Friedhofsbehörde.

Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke des Steinrader Weges von Haus Nr. 19a bis Haus Nr. 22a vom 9. ds. Mts. an bis zur Fertigstellung gesperrt.

Lübeck, den 5. Juni 1925. Das Tiefbauamt.

Nichtamtlicher Teil

15 Maurer

für Kohbanarbeiten (Vorfälle: Preitwall und Siem), stellt sofort ein

J. Lüdemann, Kücknitz

Im 1. Obergeschos des Hafenaufw. Hafentstraße Nr. 2, für Bureauzwecke geeigneter

Raum

zum 1. Juli 1925 zu vermieten.

Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 6.

**Frieda Manus
Friedrich Wagner**

Verlobte. (9005)

Dänischburg Ueberstadt

Möbl. Zimmer z. verm.

Rottmischstr. 6, II, z. (9006)

Logis für ordentlichen

Mann zu sofort

gehört. Ang. mit D 928

a. d. Exp. d. Bl. (9007)

Dankfagung!

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme beim Heimgangs meines lieb. Mannes sagen wir allen, insbesondere dem Vorstand vom Städtischen Verein, sowie Herrn Bass. Tegmeyer für die nobilitierenden Worte, unsere herzlichsten Dank. (9004)

Dorothea Aude, geb. Stübgen und Angehörige.

Achtung!

Lotteriespieler!

Von den in der Jugendherbergs-Lotterie (Wahlfahrtswarenlotterie, Ziehung vom 3. Mai) meiner Kollekte zugefallenen

8800 Seriengewinnen

und bis jetzt rund **6000 Gewinne**

bei mir abgeholt worden. Alle diejenigen Inhaber von Jugendherbergs-Lotien, die noch im Besitze von

Seriengewinnlosen

mit geraden Endzahlen

— 0, 2, 4, 6, 8 — (rechtsstehend)

sind, wollen ihre Gewinne in meinem

Geschäftslokal, Dörststraße 8, schnellstens

in Empfang nehmen, da nach dem

18. Juni

Gewinnlose nicht mehr eingelöst werden.

Herm. Kersten

Losevertrieb

Hörstraße 8.

NBL

Feuerbestattung:

Sarg und Einleitung; Erledigung aller Formalitäten; Aufbahrung, Kosten der Friedhofsbehörde; Benutzung des Krematoriums; Lieferung der Aschenkapsel; Beschaffung einer Urnengrabstelle; Grabstein mit Inschrift nach den Vorschriften der Friedhofsbehörde.

Alle Wünsche der Auftraggeber werden berücksichtigt und festwillige Verfügungen gewissenhaft ausgeführt

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Neuaufnahmen

in der Geschäftsstelle Dudenstraße 49/51

Geöffnet von 8-12 und von 3-5 Uhr

Die Unterstützung wird gewährt nach einer Wartezeit von 3 Monaten und Zahlung des Betrages von 8.80 bis 18.— RM (je nach dem Lebensalter) für alle vorkommenden Sterbefälle einschließlich der Kinder, von der Geburt bis zu 18 Jahren, und die geringen Beiträge von 15-25% pro Woche.

Ankunft in der Geschäftsstelle und bei den Bezirksvorständen.

la. Speise-Kartoffeln

100 Pfd. 3.50 RM

Breistroh

100 Pfd. 2.80 RM

Wilh. Süße

Schwartauer Allee 46a

Tel. 8822

Bieten preiswert an ab

Lager und frei Haus:

Dr. Gerstenschrot,

Dr. Roggenchrot,

Hafer,

Schweinefutter,

Hühnerfutter

usw.

Brode & Glaser,

Fachsenburg,

Segebergerstraße 5.

Telephon 151. (9010)

Original-Marine-Bekleidung

Arbeitspäckchen, Ueberzieher

blaue Hosen, blaue Hemden preiswert, gebt.

Herren- u. D.-Uhren, Betten, Garderobe

im Leihhaus Huxstr. 113, staatl. konz.

Grillstellige Markenfahräder

sowie neuaufgearbeitete

Damen- und Herrenfahräder

preiswert zu verkaufen.

Carl Danielson Paulstr. 18.

Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstätten

Sapeten gr. Auswahl billige Preise

Engelsgrube 49

Reife beiond. preiswert.

Kaffeehaus Moislings

Samst. Gr. Familienball

Samst. Lang und Günstig frei!

Amol
Beliebt
Haus- und Einreibemittel
In Apotheken und Drogerien erhältlich

**Rorbmöbel
Strandkörbe**
Große Auswahl — Anfertigung jedes Postens
Verkauf zu Fabrikpreisen
Nur Krähenstr. 7
— Telephon 8864 — (9011)
Goldene Ausstellungs-Medaille 15. Mai 1924

Der Ausstoß beginnt

Unsere Lager geben jetzt wieder den guten Käse zu niedrigen Preisen ab:

Holländer (Brotform) pro Pfd.	Rm. 0.90
Edamer	Rm. 1.—
Tilsiter I.	Rm. 1.—
Tilsiter II.	Rm. 0.60
Tilsiter III.	Rm. 0.40

Schnittiger Käse RM. wird in der Verkaufsstelle Meiereihof, Fachsenburger Allee 59 a b und Laden Rohmarkt (im Hause Schabbel) in ganzen Broden zu 25 Pfg. das Pfd. abgegeben. (9027)

Hansa-Meierei G.m.b.H.

Baumaterialien:

Zement, Zementkalk, Gips, Rohrgewebe, Stückenkalk, la. gelöschten Kalk zum Deckenweißen, Dachpappen, Teere, Mauersand, weißen Sand und Gartenkies, sowie

Kohlen, Koks, Briketts

und alle übrigen Brenn-Stoffe liefern zu billigsten Tagespreisen

Quitzaun & Roggenkamp

Inh.: Rud. Quitzaun und Hans Roggenkamp
Kontor: Johannisstraße 76 Fernsprecher 2907
Kleinverkauf vom Lager Kanalstraße 55 (unterhalb der Johannisstraße) 9018

Tägliche Passagierfahrt

von Lübeck nach Travemünde, Grünich, Pelzerhaken, Neustadt und zurück

mit dem erstkl. Salondampfer „Schwalbe“ Kapitän: Fr. Kortum

Abfahrt von Lübeck nachmittags 2 Uhr

Abfahrt von Neustadt morgens 6 Uhr

erstmalig ab Lübeck: Dienstag, den 9. ds. Mts.

Näheres durch: (9028)

Holler & Co., Hafenstraße 6, Tel. 8762/63

Weißer Engel

Morgen Sonntag: Landstränchen.

Eintritt und Lana frei. 9048

Stadthallen-Garten

Inh.: C. HANSCHEN

Täglich von 4-11 Uhr:

Garten-Konzerte

Sonntag von 11-1 Uhr:
Früh-Konzerte

Dienstag und Freitag:
Ball-Abende

Verdeckte Veranden Diners im Garten

Für unsere Frauen

Beilage zum Lübecker Volksboten

Vertrauende Liebe.

Ich wüßt nicht, wie weit ich wohl wandern sollt,
daß deine Liebe nicht folgen mir wollt,
und ginge mein Weg über Dorn und Gestein,
deine Liebe, die stark, sie holte mich ein.

Ich wüßt keinen Schleier, so fest und so dicht,
dazu zu verbergen vor dir mein Gesicht;
und bleichten es Glend und Krankheit und Not,
die wär's immer schön und wie Rosenlein rot.

Ich weiß keine Trennung, du fülltest sie aus,
ich weiß keinen Zerweh, du führst mich nach Haus,
an mich kann kein feindliches Schicksal heran,
setz ich meine Hand in die deine getan.

3 p f.

Die Frau im neuen Strafgesetzbuch.

Nachdem man bisher nach einem Gesetz geurteilt und gestraft hat, das seit über 20 Jahren von Laien und Fachgelehrten, von Bürgerlichen und Sozialisten als veraltet und reformbedürftig, also als ungerecht erkannt ist, ist endlich vor kurzem nach jahrelanger Vorarbeit der erste amtliche Entwurf des Reichsjustizministeriums dem Reichstag vorgelegt worden. In absehbarer Zeit wird sich also der Reichstag, aber auch die breiteste Öffentlichkeit mit dem wichtigsten, das öffentliche Leben regelnde Gesetzbuch zu beschäftigen haben. Das Gesetz enthält eine Reihe von Paragraphen, die entscheidend in das Leben der Familie, also in die eigentliche Sphäre der Frau eingreifen. Aus diesem Grunde ist es dringend geboten, daß sich auch die Frauen, insbesondere aber die Arbeiterfrauen mit diesen Fragen beschäftigen, um zu wissen, welche Stellung sie in dem Kampf mit dem Versuch, in einer an sich ungerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Recht zu schaffen, einzunehmen haben. Das eine ist jedenfalls von vornherein klar: wir können von dem Gesetz nichts anderes erwarten als die Vermeidung bzw. Beseitigung der allergrößten Ungerechtigkeiten.

Entspricht nun der neue Entwurf, dem allgemein so große Fortschritte gegenüber dem geltenden Gesetz nachgerühmt werden, wenigstens diesen Erwartungen? Da handelt es sich für uns zunächst um den berühmten § 218, für dessen Abschaffung die Sozialisten seit Jahrzehnten kämpfen. Dieser Paragraph ist dem neuen Entwurf erhalten geblieben, freilich in etwas abgeschwächter Form. An die Stelle der Zuchthausstrafe soll die Gefängnisstrafe treten, und „in besonders leichten Fällen kann das Gericht von Strafe absehen“. Was bedeutet nun diese Abschwächung? Daß die entsetzliche Zuchthausstrafe wenigstens für dieses „Verbrechen“ abgeschafft ist, ist für uns eine Selbstverständlichkeit; besonders angelehnt der Tatsache, daß der Entwurf im Gegensatz zu dem Vorentwurf des ehemaligen Reichsjustizministers Genossen Rabbatz die Zuchthausstrafe nicht allgemein aufgehoben hat; wie aber die „besonders leichten Fälle“ anzusehen sind, bei denen der Richter nach freiem Ermessen von Strafe absehen kann, ist nicht schwer vorstellbar. Für uns gibt es aber keine schweren und leichten Fälle, den jeder Fall, in dem die Arbeiterfrau die Lebensfrucht abtreibt, um die lebenden Kinder und das noch ungeborene Kind vor allerhöchster Not zu bewahren, ist an und für sich schon so ernst und so schwer, daß er vor kein Gericht gehört.

Der Entwurf ist leider nicht so konsequent, die Notwendigkeit der Anwendung dieses Paragraphen so sehr wie möglich einzuschränken. Der § 270 bestraft die öffentliche Ausstellung empfangnis verhütender Mittel. Das bedeutet eine weitere schwere Belastung der Proletarierfrau, die nicht, wie die reiche Bürgerin, die Möglichkeit hat, sich die Mittel, die sie vor der Straffälligkeit schützen, auf irgendwelchen Schleiswegen zu beschaffen. Dazu kommt, daß in diesem Gesetz auch die Mittel zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten mit einbegriffen sind, daß also „Sittlichkeit und Anstand“ wichtiger sind als die Volksgesundheit!

Diese Strafbestimmungen, die nicht die Frau schlechthin, sondern in erster Linie die Frauen des Proletariats betreffen, sind also in dem neuen Entwurf erhalten geblieben. In einem anderen wichtigen Punkt aber bringt er uns eine nicht unbedeutende Erleichterung, eine Entwicklung von der individualistisch-liberalen zur sozialen Auffassung. Er kommt der Forderung des Völkischen Programms, „Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht“ zu sein, dadurch weitgehend nach, daß er im Gegensatz zum geltenden Recht den Begriff des Asozialen im Gegensatz zum antisozialen Verhalten einführt und für das asoziale keine Strafe, sondern erziehende und helfende Maßnahmen vorseht, die in Zukunft wohl überhaupt nicht mehr in das Strafgesetzbuch gehören werden. Die Fälle, die sich auf diesem Gebiet immer wieder gezeigt haben, greifen tief in das Leben der Familie ein; hier sei nur an die Unterbringung der verbrecherischen Trunksüchtigen in Trinkerheilstätten und an die Unterbringung der gemeingefährlichen Anzuchnungsfähigen in einer Heil- und Pflegeanstalt erinnert. So notwendig der § 51 des geltenden Strafgesetzbuches (Anzuchnungsfähigkeit), der in neuer Form als § 17 in den Entwurf überging, ja, so erweiterungsbedürftig er in mancher Hinsicht noch ist, so gefährlich war er diesen Frauen, denen die Männer, freigesprochen, in dem alten Zustand wieder übergeben wurden, solange dieser Paragraph nicht durch Sicherungsmaßnahmen ergänzt wurde; auf diese dringende Notwendigkeit wies in der Reichstagsdebatte sogar der Volksparteiler Kahl hin. Gerade in dieser Beziehung muß noch viel gesehen, und das Reichsbewährungsgesetz, das ebenfalls in nächster Zeit im Reichstag zur Verhandlung kommen wird, wird hier eine wichtige Ergänzung bilden; es ist aber dringend erforderlich, daß schon in den Vorberhandlungen die Brücke zwischen diesem Gesetz und dem § 17 des neuen Strafgesetzentwurfs geschlossen wird. Besonders wichtig ist hier die straprozessuale Frage, es und in welcher Form das Gericht, das auf Freisprechung erkennt, auch die Maßnahmen des Reichsbewährungsgesetzes, die ja dann dem Gebiete der Verwahrung unterstellt sind, zur Durchführung bringen kann. Hier liegt noch eine große Anzahl von Fragen vor, bei deren Lösung die Mitarbeit der Frau unerlässlich ist; denn hier ist der Punkt, von dem aus es uns auf Grund des neuen Strafgesetzentwurfes möglich sein wird, gegen einige der schwersten Schädigungen, die die bürgerliche Gesellschaft uns auferlegt, Abhilfe zu schaffen. D. F.

Gänglinge in Gefahr.

In den Säuglingsfürsorgestellen wird eine sehr ersprießliche Arbeit geleistet. Die Mütter erhalten Ratschläge, die der Ernährung und der Pflege der Kinder dienlich sind. Die Säuglingsfürsorgestellen vergeblich an Mütter, deren junge Kinder einer solchen Betreuung bedürfen. Milch, Lebertran, und allerlei

Nährmittel. Stilkende Frauen erhalten Stillgeld. Die Erfolge der Säuglingsfürsorge sind nur allzu offensichtlich; überall da, wo man sie in zweckmäßiger Weise geschaffen hat, ist die Säuglingssterblichkeit in ganz bedeutendem Ausmaß zurückgegangen. Eine bessere Krönung des Wertes der offenen Säuglingsfürsorge hätte man sich nicht wünschen können. Fragt man nun aber, welche Maßnahmen in ganz besonderer Weise hierzu geführt haben, so verdient in erster Reihe die Gewährung des Stillgeldes hervorgehoben zu werden.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Säuglinge, namentlich schwächere Kinder, als „Brustkinder“ eine größere Aussicht haben, gesund, kräftig und am Leben zu bleiben, als Flaschenkinder. Brustnahrung ist nun einmal die beste Ernährung für den Säugling. Es gibt keinen irgendwie vollkommenen Ersatz für das Stillen durch die Kindesmutter. Aus diesem Grunde haben auch alle Säuglingsfürsorgestellen, in ihrem Bestreben, der Lebenserhaltung der Säuglinge zu dienen, eine eifrige Stillpropaganda getrieben. Es hat sich dabei gezeigt, daß noch so gut gemeinte Ratschläge und belehrende Vorträge nicht in dem Umfange auf diesem Gebiete Gutes stiften konnten, wie die zur Ausschüttung gelangenden Stillgelder. Sie sind das beste Stillpropagandamittel; darin sind sich alle Sozialärzte und Wohlfahrtspraktiker einig.

Bezüglich ist es, aber nun einmal der Fall und durch tausendfache Erfahrung bewiesen, daß die Mütter gewöhnlich solange stillen, als sie das Stillgeld erhalten. Da es meist drei Monate lang gewährt wird, behält die größte Zahl der Frauen ebensovlang die Säuglinge an der Brust. Früher, als Stillgeld nicht gewährt wurde, pflegten die Mütter sehr häufig schon nach vier oder sechs Wochen das Kind — sehr zu seinem Nachteil — auf Flaschenmahrung zu setzen. Das ist inzwischen anders geworden.

Insoweit Ueberraschung, ja geradezu Bestürzung ruft in allen sachkundigen und wahrhaft volksfreundlichen Kreisen der Hygieniker und Sozialpolitiker der Entwurf eines Gesetzes über Wohnungshilfe hervor, den das Reichsarbeitsministerium unlängst ausgearbeitet hat. Man schlägt da ein paar unwesentliche Verbesserungen im Interesse der Wöchnerinnen vor, will mehrere Paragraphen mit unverbindlichem Text, „Kann-Bestimmungen, schaffen und fordert — die Abschaffung des Stillgeldes. Man will allen Frauen, ob sie stillen oder nicht, im Falle ihrer Entbindung einen einmaligen Betrag in Höhe von 80 Reichsmark übereignen. Man glaubt, so klug zu verfahren, meint unbureaucratisch zu sein und erklärt, die Berechnung des Stillgeldes sei einem Kostenlastenausgleich hinderlich. Mit dem Glauben ist hier aber wenig anzufangen. Maßgebend für die Beurteilung dieser Frage kann allein das Wissen sein. Dieses weist aber einen anderen Weg.

80 Mark sind eine hübsche Summe. In jeder Familie, in der die Frau niederkommt, gibt es eine ganze Menge von Anschaffungen. Das Geld kann jede Wöchnerin gut gebrauchen. Wer aber glaubt, daß die Gewährung eines Betrages von 80 Mk., die nicht an die Bedingung des Stillens geknüpft ist, stillfördernd wirken wird, befindet sich in einem gewaltigen Irrtum. Nur grobe Theorie vermag über diese Beweisführung hinweg zu täuschen. Das Reichsarbeitsministerium muß offenbar außerordentlich wenig über die ganze Art und über die Erfolge der Stillpropaganda in den deutschen Säuglingsfürsorgeinstituten wissen, wenn es einen derartigen tief eingreifenden Vorschlag machen konnte. Seine Durchführung würde geradezu katastrophale Nachwirkungen haben. Freilich wird das Reichsarbeitsministerium, obwohl der Gesetzentwurf bereits dem Reichstage zur Beschlußfassung vorliegt, voraussichtlich keinen Erfolg haben, nachdem sich alle führenden Verbände zu einer großen Gegenbewegung zusammengeschlossen haben. Sogar der Deutsche Städtetag hat diesem Vorhaben seine Unterstützung geliehen und wird an einer großen Protestversammlung, die am 8. Juni in der Berliner Universität stattfindet, als Mitveranstalter auftreten.

So kann man mit einiger Berechtigung hoffen, daß der Gesetzentwurf, den man nicht anders als eine Mißgeburt aus dem Schoße des Reichsarbeitsministeriums bezeichnen kann, wieder in der Versenkung verschwindet. Wir brauchen das Stillgeld, weil wir wollen, daß die Mütter ihre Säuglinge möglichst lange an der Brust behalten. Wir wollen die Ernährung der Säuglinge an der Mutterbrust, weil sie dem Leben und der Gesundheit der Kinder am meisten förderlich ist. Wir wollen und wir müssen verlässliche Säuglingsfürsorge treiben. Deshalb können wir den Entwurf des Reichsarbeitsministeriums nur auf das allerentschiedenste ablehnen und seine Tendenzen mit einem wahren Feuerzettel bekämpfen, jetzt und immerdar! Dr. med. G a s e n.

Eine Arbeiterdichterin.

Wir hören viel von Arbeiterdichtern und sind stolz auf sie, deren schöpferische Begabung sich so stark Bahn gebrochen hat. Aber nur wenige von uns wissen, daß wir gegenwärtig auch eine Arbeiterdichterin besitzen, auf die wir ebenso stolz sein dürfen. Sie heißt Emma Döhl und ist am 14. Februar 1866 in Berlin geboren. Ihre Eltern hatten ein kleines Schuhgeschäft, mußten es aber in den siebziger Jahren aufgeben. Der Vater erkrankte an einer Gehirnhautentzündung und war halb blind, halb gelähmt und idiotisch aus dem Krankenhaus entlassen. Eine Sozialversicherung gab es damals noch nicht. Als einzige Hilfe wurde der Familie eine Stube im Stieglitzer Armenhause zugewiesen. Die Mutter ernährte die Familie durch Nähen von Fußsühen und Pantoffeln. Dreimal wöchentlich mußte die kleine Emma diese Gegenstände in einer Kette nach Berlin schleppen und neues Arbeitsmaterial nach Haus mitbringen. Beim Gehen kann sie sich keine Märchen aus, die sie dann ihrem jüngeren Bruder erzählte, machte auch kleine Liedchen mit eigenen Melodien dazu. Als sie 14 Jahre alt war, starb der Vater und die Familie zog nach Berlin. Emma arbeitete zunächst in einer Stahlseilfabrik, erlernte dann die Posamentierarbeit und heuerte in der Abendstunden die Fortbildungsschule. Ihr größtes Vergnügen war ihr heimliches Dichten. Mit 27 Jahren verheiratete sie sich. Ihr Mann war arm, es kamen drei Kinder und sie führten ein echtes Proletarierleben. Durch einen Vortrag von Paul Singer wurde Emma für die Sozialdemokratie gewonnen. In der „Gleichheit“ erschien ein Gedicht von ihr, und von da an stand sie als Kämpferin in unseren Reihen.

Heute ist Emma Döhl Großmutter, aber sie ist noch immer rastlos in der Arbeit der Kinderfreunde tätig und nennt es ihre größte Freude, „mit dem Banner der Zukunft zu schelten, zu loben und vor allem zu lachen“. Die Liebe zum Kinde gibt auch ihrer Dichtung ein besonders echt frauenhaftes Gepräge. Ihre reizvollste Schöpfung ist ein heute leider vergriffenes Gedichtbändchen „Jugendliebe“ in dem sie anmutig schalkhaft Tiere, Pflanzen, das Spielzeug des Kindes und selbst die Sonnenstrahlen besetzt und zu redenden und handelnden Wesen macht. Das Bändchen läßt sie auf Reisen gehen, bis es erkennt, „daß's zu Haus am besten war“, und ganz allerliebste erzählt sie, wie das Enkelkind in allen Nöten bei der Großmutter Hilfe suchte. (Ca. 10 gebt

es uns Großmüttern allen.) Zerrissenes muß Großmutter heil machen, auf alle Fragen antworten, „Großmutter macht alles, Großmutter weiß alles“. Nur als der Bub verlangt, daß sie auf die Straßenlaterne klettern soll, um ihm seine Stocklaterne, die der Wind ausgepufft hat, wieder anzuzünden, da versagt sie. Den Schluß des Bändchens bilden einige Märchen in Prosa. Besonders schön ist die Erzählung „Die Waise“, die Geschichte von der Enkelin und der Großmutter, die einander nur Nützliches zu Weihnachten schenken, weil sie nicht wagen, für etwas nur Schönes auszugeben. Erst als die Großmutter den Fuß bricht und nun still liegen muß, getraut sie sich, an der Schönheit einer mit Rosen gefüllten Waise ihre Freude zu haben. „Ich glaube beinahe“, sagt Emma Döhl, „der arme Mensch muß erst krank werden, um zum Nachdenken zu kommen.“ In der Geschichte „Der Stieglitz“ läßt sie den Vogel die Schreden des Krieges schauen und sich darüber wundern, daß die Kinder noch Soldat spielen mögen. „Wissen sie denn gar nicht“, fragt der Vogel, „was der Krieg ist und bangen sie sich denn nicht um ihre Väter?“

Andere Gedichte, die nicht in diesem Bändchen enthalten sind, hat Emma Döhl den Frauen gesungen, auch da eine Vorkämpferin. Eins ihrer Frauenlieder beginnt:

„Mir klingt ein sicherer Takt ins Ohr,
Der Schritt von Millionen Frauen,
Die stark und groß im ersten Chor
Mit klarem Blick die Zukunft schauen.“

Ein anderes ihrer Lieder gilt dem 1. Mai und schließt mit diesem Zukunftsgruß:

„Hörst du, mein Kind,
Schon brauset jorntig der Frühlingwind.
Er ruft die Völker zur Heerzucht herbei,
Komm, Kind, wir feiern den ersten Mai.“

Henni Lehmann.

Das Gericht der Verlorenen.

Vom Korridor des Gerichtsgebäudes dringt Stimmengewirr. Sie treten in den Verhandlungsraum — zehn, zwanzig, dreißig, hiesig weibliche Personen. Nicht gedrängt bleiben sie hinter der Schranke stehen. Dann beginnt der Aufruf — die Gerichtsverhandlung! Der Richter nennt den Namen; Geburtsjahr und Geburtsort klingen zurück. „Sie haben die Invalidentrage betreten?“ „Ja.“ Letzte Strafe. Antrag: „Ein Tag Haft!“ „Ein Tag Haft. Angenommen?“ „Ja.“ Name, Geburtsjahr, Geburtsort, verbotene Strafe betreten, Antrag des Staatsanwalts, ein Tag Haft, angenommen? usw. in monotoner Reihenfolge. Jede Verhandlung dauert 15 bis 20 Sekunden. Angetreten, abgetreten, angetreten, abgetreten. Junge, Alte, Frische, Wüste, Freche, Bescheidene, Hübsche, Häßliche, Ledige, Verheiratete, Budisöpfe und andere mit reichem Haar Schmuck, schlichte Gekleidete und Aufgebommerte. — Das ist die Strafenkammer der Sittenbeamten aus der vergangenen Nacht. Auf Gassen, verbotenen und erlaubten, in Lokalen und Absteigequartieren sind sie aufgeflogen, in Polizeigewahrsam gebracht worden und dann vor den Richter gesteckt. Nun stehen sie da, und ihre Mienen liegen auf dem Tische. Nicht selten sind es ziemlich umfangreiche Akten: ein einfaches Sündenregister; Uebertretung auf Uebertretung; Herumstancieren auf verbotenen Straßen und Plätzen, schamloses Verhalten auf der Gasse, Belästigung von Männern, lärmendes Betragen in angetrunkenem Zustande, Verhüten der Kontrolle usw. Sie kennen die Strafe, die ihrer harri, im voraus; die Tage ist ein für allemal festgelegt. Ist seit der letzten Strafe (Uebertretung) nicht mehr als ein Monat vergangen, so gibt es zwei bis drei Tage Haft, sonst einen Tag. Die Strafe für Verhüten der Kontrolle entspricht der verdoppelten Zahl der verurteilten Tage. Was macht aber ein Tag Haft in lustiger Gesellschaft aus? Man nimmt das Risiko des „Gewerbes“ gern hin — soll man etwa verbotene Straßen meiden und deshalb ohne Gast, ohne Verdienst bleiben; soll man hungern müssen, hungern?!

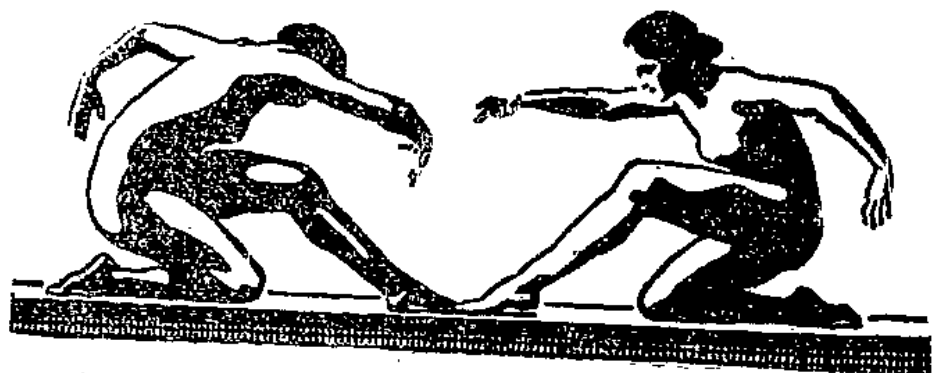
Kann gar die Kontrolle! Es wird manchmal gar zu lästig, zwei- oder einmal in jeder Woche zu erscheinen. Man verläßt die vorgeschriebene Zeit, man war verreist, man hatte Beschäftigung und glaubte, nicht kommen zu müssen, oder man wußte auch, daß man krank war und wollte nicht ins Krankenhaus gehen. Ueberhaupt dies Kranken! Die Kontrolle dient zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und dabei werden diese Krankheiten erst durch die staatliche Ordnung dieses entwürdigenden Gewerbes erkauft. Man betreibt ja „gewerbliche“ Unzucht und bedarf dazu besonderer Genehmigung. Das Gewerbe erheischt Volljährigkeit, unterliegt Verwaltungsverordnungen, ist durch Strafgesetze geregelt. Ob die Sittentruppe ihren Zweck erreicht, muß man bezweifeln. Die geheime Prostitution blüht, zwischen Erkrankung und Stellung zur Kontrolle vergehen meist ein paar Tage, und die erkrankten Männer verbreiten auch selbst die Krankheit weiter, wenn auch nicht in dem Maße wie die „gewerbemäßig“ Unzüchtigen.

Not, ungesunde Triebe und sittliche Verwahrlosung machen diese Verlorenen zu den Elendesten unter den Elenden, zu verachteten Ausgestoßenen der Gesellschaft, deren man ihren trauernden Besseren an Gesicht, Gang und Haltung ansieht. Sie, die immer wieder einem anderen gehören müssen, lebendige Ware auf dem Markte der Wollust und Geilheit, sie üben eine notwendige „soziale“ Funktion im Staate der Männerherrschaft aus. Nicht selten kommen diese Mädchen selbst und suchen um Erlaubnis nach, das Gewerbe der Unzucht betreiben zu dürfen. In der Regel werden sie aber zwangsweise unter Kontrolle gestellt. Den Argusaugen der Sittenbeamten entgehen die schüchternen Neulinge nicht, die den Patentierten Konkurrenz machen. Zuerst werden sie verwahrt, das nächstmal werden sie mitgenommen, kommen vor die Frauenhilfe und werden ausgefragt, und es wird verurteilt, sie in geordnete Verhältnisse zurückzubringen, sie von der beginnenden Seelenfäulnis zu retten. Auch sie kommen vor den Richter; jede einzeln; die Verhandlung findet in Gegenwart der Züchtlerin statt; die Strafe — drei Wochen Haft — wird nicht vollstreckt; sie erhalten Bewährungsfrist. Kommen sie dann doch wieder — ins Polizeipräsidium, so werden sie unter Kontrolle gestellt. Diese Waise ist so lange, als das Mädchen keine Lebensweise nicht ändert — oft bis zum Tode.

So verläuft ein Leben voll Erniedrigungen, Demütigungen, Krankheit, Not, Elend, Ausbeutung durch Zuhälter, lechzigem Schmutz. Selbst hinter diesem Hohngefläch auf das „Ebenbild Gottes“ schlägt ein schlüssendes, ärztlichkeitsbedürftiges Herz, zügellos für jedes freundliche Wort, lebt ein Mensch, den nicht selten Ekel vor seinem eigenen Leben ergreift. Aber was tun? Ein Zurück ist doch so schwer. Trich, Gewohnheit, Not — wer weiß, was alles da mitspielt! Schließlich ist die Prostitution ja auch eine „notwendige soziale Funktion“. Hörte sie heute auf, so erlöste sie schon morgen von neuem. Das ist das Schreckliche an ihr. Justus.

Stadthallen -Lichtspiele

Heute Premiere!
Die große Kulturtat der Usa:
Wege zu Kraft u. Schönheit



Ein Film über moderne Körperkultur in 6 kolossalen Akten
mit einleitendem Vortrag von Herrn H. Mertens

Regie: Wilh. Prager. Unter Mitwirkung der berühmten Tänzerinnen
Niddy Impekoven, Mary Wigmann, Jenny Hasselquist
Tamara Karsavina und der bekanntesten Sportleute

Der beherzte Neptun. Aktuelle Wochenchau.
Eine Wasserwortschmübe in 5 Akten.

Achtung! Jugendliche haben zu den Nachmittagsvorstellungen
zu halben Preisen Zutritt!
Bedeutend verstärktes Orchester, am Dirigentenpult: Franz Gödel.

Beginn der Vorstellungen
nachmittags 5 Uhr, abends 8 Uhr

Zentral - Hallen!

Heute Sonntag:
Gr. Ball
Eintritt frei!



Jeden Sonntag
Tanz
Eintritt frei. Tanz frei.
Schönster Ausflugsort
für Lübeck.
Eselreiten und Karussell-
fahrten. (9019)

Fahrräder
Ständig großes Lager in
Herren- u. Damenrädern,
nur beste Fabrikate, wie
Phänomen, Opel, Wal-
kure, Danja, Falter usw.,
auch Teilzahl. **Lauer,**
Watenhäm. 5 (d. Burgtor)
In Feierlichkeiten
werd. Gehrock, Courav-
und Smoking-Anzüge
vermietet. (8955)
Betti-Kirchhof 7.

Stadthallen-Garten

Inh.
Cort Hanschen
Dienstag, den 9. d. Mts.
Gr. Extra-Konzert

ausgeführt vom **Musikkorps der Lübecker Schutzmann-
schaft** unter Leitung seines Dirigenten Herrn Polizei-Kommissar
Vogelsang

Auserlesenes Programm
U. a. Fanfaren-Märsche u. Kavallerie-Retraite

Veranstaltet vom **Polizeihund - Verein** **Ersten Deutschen**
Duisburg, **PHV., e. V. Stz**
Zweigverein **Lübeck**

Anfang 7 Uhr Eintritt 50_h
Nachmittags von 4-7 Uhr spielt die **Hauskapelle** bei
freiem Eintritt. (9023)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. S. m. b. H.

Für die warme Jahreszeit
gilt es doppelt auf gute Qualitäten zu achten!

Wir empfehlen:

- Ia. Reisweissegrieß** pro Pfd. 20_h
 - Buddingpulver S. E. S.** Mandel, Vanille, Zitrone, Schokolade 10_h
 - Himbeersirup** sehr angenehm im Geschmack, für Saucen und Getränke pro Pfd. 76_h
 - Kirschsirup** sehr angenehm im Geschmack, für Saucen und Getränke pro Pfd. 52_h
 - Ia. Hutzucker** für Einweckzwecke u. Kompotts pro Pfd. 44_h
- Aus eigener Herstellung:
- Brauselimonade** große Flasche 15_h
 - Gelbwasser** große Flasche 10_h

Lebensmittel vorteilhaft
Konsumverein

St. Gertrud-Liedertafel Heute den 6. Juni 1925 Gesellschafts-Abend

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. (9014)

„Moislinger Baum“

Direkte Endstation der Linie 9
Die Wagen verkehren alle 10 Minuten
ab Markt.

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr
Freier Eintritt Freier Eintritt

Im Saal:
Bornehmes Tanzkränzchen
unter Mitwirkung von

Frä. Alice Ritter, der unübertrefflichen
Spizentänzerin
Herrn Adolf Friedrich, des bekannten
Liedesängers

Herrn Fredy Semmel-Sembach, des
unverwundlichen Humoristen

Moderne Tänze Volkstümliche Tänze
Rundtänze

Die Musik wird ausgeführt vom
Sulanke-Orchester

unter persönlicher Leitung des Herrn
Kapellmeisters **Robert Sulanke.**

Prima reiner Bohnerkaffee, sowie
Ia. Gebäck.

Spezialität:
Landschinken mit Stangenspargel,
Erdbeeren mit Milch.

Für die Kinder stehen 3 reizende Esel zum
Reiten zur Verfügung.

Rudolph Jäde. 9024

Auf das am Mittwoch, d. 10. Juni statt-
findende Rheinische Blumenfest mit nach-
folgendem Brillant-Bracht-Feuerverk, so-
wie Festball weise schon jetzt besonders hin



„Na, so vergnügt? — Das ist ja famos!
Gewannst du denn das große Los?“
„Ich freue mich nur, daß mein Vater lacht,
Ich habe ihm nämlich „Aguma“ gebracht.“

AGUMA, der neue Gersten-KAFFEE
Deutsches Reichs-Patent 387163 (8975)
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Voranzeige Genin

Großes Ringreiten
mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, dem 14. Juni 1925, im Lokale
Geniner Baum.

Anfang des Reitens 2 1/2 Uhr.

Es laden freundlichst ein (8989)

Die lustigen Reiter und Jacobsen.

I. Fischerbuden

Morgen Sonntag:
Großes Ringreiten

der **Mühlentor-Ringreiter**
mit nachfolgendem **Ball.**

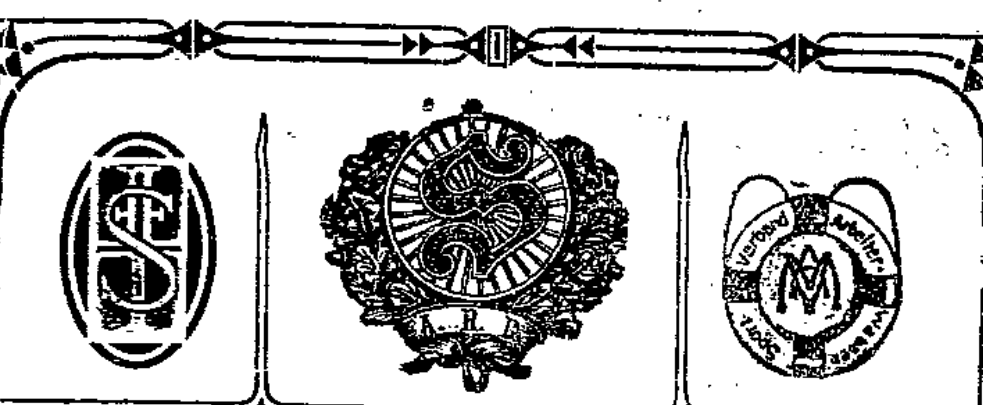
Eintritt zum Garten 20_h (9002)

Kinder haben nur in Begleitung ihrer Eltern Zutritt.

Gesellschaftshaus „Adlershorst“

Morgen Sonntag
Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr.

Eintritt und Tanz frei. (8947)



Ruß. Lebniw Tjorknowa

vom 13.—21. Juni 1925
veranstaltet vom

Arbeiter-Sport-Kartell, Lübeck

Sonnabend, den 13. Juni:
abends 7 1/2 Uhr: Eröffnungsfeier im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 14. Juni:
Sportliche Veranstaltungen auf dem Buniamshof,
nachmittags 1 1/2 Uhr: Festzug v. Burgfeld z. Buniamshof,
abends ab 6 Uhr: Gr. Festbälle im Gewerkschaftshaus,
Kolosseum und Gesellschaftshaus Marli.

Montag, den 15. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Große öffentliche
Versammlung.

Mittwoch, den 17. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Konzert des Chor-
vereins.

Donnerstag, den 18. Juni:
abends 7 1/2 Uhr auf Buniamshof: Lebendes Schachspiel.

Freitag, den 19. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Naturfreunde-Abend.

Sonnabend, den 20. Juni:
abends 7 1/2 Uhr: Fußballwettspiel Dresden—Lübeck auf
der Falkenwiese. — Korsofahrt auf der Wakenitz.

Sonntag, den 21. Juni:
Wassersporttag in und auf der Wakenitz,
abends 7 Uhr: Großes Konzert im Gewerkschaftshaus.

Näheres bringen die noch folgenden Inserate und Artikel unter
Sport in dieser Zeitung. 8976

Moorgarten

Radfahrer-Ball
verbunden mit

Preisschießen
am Sonntag, dem 14. Juni

im Lokale 9008
des Herrn R. Hering

Anfang des Schießens
— 2 Uhr —
Hierzu ladet freundlich ein

Das Festkomitee
und R. Hering

Freiwillige
Feuerwehr

Moising
Einladung zum

BALL

am Sonntag, 7. Juni,
beim Kameraden

C. Hoyer-Moising
Anfang 6 Uhr. (8942)
Ende 2 Uhr.

Das Komitee

Stadtheater Lübeck
Sonnabend, 7.30 Uhr:

Don Juan
Herr Heinz Nieß vom
Bremer Stadtheater
als Gast.

Sonntag, 12 Uhr:
Einführungsvortrag
zum X. Volkstümlichen
Konzert.

7.30 Uhr: **Carmen.**
Zum letzten Male.

Montag, 7.30 Uhr:
X. Volkstümlich.
Konzert
5948
Dienstag, 7.30 Uhr:
Im weißen Rössl

Hansatheater
Lübeck

Heute abend 8 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!

Das Weib
im Purpur

Vorverkauf: Zigarren-
geschäft Buse, Brette
Str. Ecke Johannisstr.
Kaurhaus Karstadt und
Holstenhaus (8995)